

4. Das Gymnasium / die Oberschule für Jungen im Dritten Reich

4.1 Begleiterscheinungen und Folgen der NS-Machergreifung:

Werbung, Indoktrination und Aushebelung rechtsstaatlicher Grundsätze

1933/34

Die Archivbestände des Gymnasiums in Hechingen aus den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Diktatur sind - abgesehen von Fotos - erfreulicherweise weitgehend erhalten, im Gegensatz zu manch anderer höherer Schule (Siehe z. B. Sigmaringen und Tübingen: Werner Kuhn 1993, S. 52 und Martin G. Hoffmann 2014; Hundert Jahre „Höhere Mädchenbildung“ in Tübingen 1996, S. 30; siehe Heinz-Ulrich Eggert: Schulzeit 1938 bis 1949 . . . Münster 2005, S. 18-19. Eggert verweist auf Festschriften zur Schulgeschichte aller acht Gymnasien der Stadt Münster, die auch die NS-Zeit ausführlich einbeziehen, sowie auf weitere Fallstudien zur Schulgeschichte unter dem Hakenkreuz. Heinz-Ulrich Eggert veröffentlichte eine auf breitem Quellenmaterial erstellte Fallstudie zum Wilhelm-Hittdorf Gymnasium in Münster von der Nazidiktatur bis 1949.).

Der Prozess der Machtübergabe und Machtergreifung begann am 30. Januar 1933 mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. In den folgenden Monaten gelang der NSDAP die **Gleichschaltung und Machtergreifung** in fast allen Bereichen von Staat und Gesellschaft auf Reichs-, Länder- und Kommunalebene, begleitet von gewaltsamem Terror vor allem der SA. Im Bildungswesen setzte die Gleichschaltung ab März 1933 ein, zog sich aber über Monate bzw. Jahre hin. Im Jahr 1933 blieben für die meisten Jugendlichen jedoch Elternhaus, Schule und Kirche noch entscheidende Erziehungsinstanzen. Ihr Einfluss wurde aber nach und nach zurückgedrängt. In den Jahren bis 1936 erfolgten tiefgreifende Veränderungen. Ab 1936 gab es keine Alternative mehr zur Zwangsmitgliedschaft in der nationalsozialistischen Staatsjugend. „Von freier Selbstbestimmung, wie sie der Jugendbewegung vorgeschwebt hatte, war nicht mehr die Rede; die regelmäßige Teilnahme wurde kontrolliert. Auch die „eigene Verantwortung“ der „Meißnerformel“ der „Freideutschen Jugend“ vom Oktober 1913 war der Jugend abgenommen.“ (Kurt Ludwig Joos 2012, S. 58). Im Schularchiv finden sich viele Belege für die **rücksichtslose Gleichschaltung** des Reformrealgymnasiums in Hechingen, aber auch Belege für das **Festhalten an traditionellen Bildungsinhalten**.

Die Niederschrift der Lehrerkonferenz vom 17. Februar 1933 ist ein letzter Beleg für die am Reformrealgymnasium bis dahin freie, immer wieder auch kontroverse Diskussionskultur. Dem Referat des Direktors Dr. Schmitt über das Buch „Psychologie des Jugendalters“ (1924) des Pädagogen Prof. **Eduard Spranger** folgte eine offene Aussprache über das Thema „Die Jugend in der Reife“. Ergänzend wurde auch auf die Typenunterscheidung des Tübinger Psychiaters Prof. Ernst Kretschmer „Körperbau und Charakter“ hingewiesen, ebenso auf die Besonderheiten der ländlichen

Umgebung der Schule. Schließlich folgte der Einwand, „dass nicht von allen Seiten gebilligt werden kann, dass Spranger das Religiöse von dem übrigen Erleben trennt und es nicht als das Tiefste und Letzte . . . deutet“ (Protokoll der LK 17.2.1933; vgl. die ausführliche Rezension Sprangers „Psychologie des Jugendalters“ von H. Schlemmer, in: Deutsches Philologen-Blatt Jg. 33 1925, S. 52-54).

Ab März folgten in rascher Folge Eingriffe, Maßnahmen, Erlasse und Gesetze, die die bisherige Freiheit im Erziehungswesen und die Achtung der Verfassung und der Grundrechte, ja sogar die freie Gestaltung des Schulalltags Schlag auf Schlag beseitigten. Verschiedene Maßnahmen und Erlasse der vorgesetzten Behörden und der politischen Akteure schmälerten die bisherige Mitsprache, Mitbestimmung und Freiheitsrechte der Lehrer, Eltern und Schüler. Der Lehrerkonferenz kam nur noch beratende Funktion zu; Abstimmungen entfielen (Protokoll der LK 20.12. 1933; Verfügung betr. „Umgestaltung der Konferenzordnung nach nationalsozialistischen Grundsätzen“ vom 13.12. 1933). An die Stelle der bisher gewählten Elternbeiräte traten drei vom Schulleiter in die Schulgemeinde berufene „Jugendwalter“ und ein Vertreter der Gebietsführung der Hitlerjugend. Im Schuljahr 1934/35 hatte der Unterbannführer des Banns 127 Zollernland Studienassessor Werner Köttgen dieses Amt inne, 1935/36 Hermann Löwenthal (JB 1934/35, S.16 und JB 1935/36, S. 15 und 21; Köttgen wurde Anfang April 1935 beurlaubt und auf eine Stelle im Stab der Gebietsführung 20 der HJ in Stuttgart berufen). Die von den „Vertrauensmännern“/ Klassensprechern der oberen Klassen gebildete Schülerversammlung trat nicht mehr zusammen; lediglich die Klassensprecher durften anfangs noch gewählt werden, dann ernannte sie der Klassenleiter. In der Aula wurden **Bilder des Reichskanzlers Adolf Hitler** und des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg aufgehängt (Protokoll der LK 20.Juli 1933).

Auch die Referendar-Ausbildung erhielt durch die „Erziehung zu deutschem Volksbewusstsein“ eine neue Ausrichtung. Im September 1933 konnte jedoch noch ein Aufsatz des Pädagogen Prof. Eduard Spranger besprochen werden, der vor „der Ländergier, dem politischen Imperialismus, dem Chauvinismus, der falschen Deutschtümelei“ warnte. Im Protokoll der LK wurde aber auch vermerkt, dass „jede internationale Haltung“ dem „Volksbewusstsein“ schade, ebenso wie Sprangers Kritik an dem von ihm postulierten typisch deutschen Verhalten, sich im Gegensatz zu anderen Völkern besonders international zu gebärden (SchA, Protokolle der pädagogischen Sitzungen, 14.9.1933). Der nationalsozialistische Pädagoge Ernst Kriek konnte jedoch noch 1935 mit dem Hinweis auf die Bedeutung einer „voraussetzungslosen und zweckfreien“ Wissenschaft hinterfragt werden (Niederschriften der allg. päd. Sitzungen vom 10.11. 1934 und 23.3. 1935).

Propagandistische Versprechungen, brutaler Terror, das **Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933**, das die **Entlassung von politisch unzuverlässigen und „nichtarischen“ Beamten** vorsah, und andere Einschüchterungsmaßnahmen wie der vierseitige

Fragebogen zur Abstammung und zur Mitgliedschaft in Parteien, politischen Organisationen und Berufsverbänden (SchA, mehrere Personalakten), drängten viele dazu, sich den neuen politischen Verhältnisse anzupassen und bis zum 1. Mai 1933 der NSDAP beizutreten. Einige Lehrer widerstanden dem Werben des Schulleiters und dem Druck der NSDAP und des Kreisleiters des NS-Lehrerbundes (NSLB) bis 1945, so die Studienräte Hans Freund, Dr. Karl Kuhn, Clemens Moser, der kath. Religionslehrer StR Dr. Joseph Rager sowie die 1939 bzw. 1943 nach Hechingen versetzten Lehrer Anton Emter und Karl Bayer (SchA, Personalakten). Einem Eintrag im Mitteilungsbuch 1935-1940 vom 14.1.1939 ist zu entnehmen, dass die Lehrer ihre **Ahnentafeln** und Stammbblätter dem Kreisangestellten für Sippenkunde vorzulegen hatten.

Referendare, die nicht Mitglied einer „NS-Wehrformation“, des NS-Lehrerbundes oder der NSDAP waren, befanden sich im Unterschied zu älteren fest angestellten Kollegen in einer prekären Lage (Siehe Dr. Felix Messerschmid in einem Brief vom 14. März 1947 an den Gouverneur militaire Spitz in Tuttlingen. In: Volker Schäfer 2013, S. 254), denn die Einstellungssituation für junge Kollegen war in den Dreißigerjahren miserabel. Der Berufsweg des Studienassessors Ludwig Abel, der dem Gymnasium Hechingen vom November 1931 bis November 1936 „zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesen“ war, ist ein Beispiel dafür (JB 1931/32, S. 22 und JB 1936, S. 11-12). Auch Anton Emter gelang nach der Referendarausbildung der Einstieg ins Berufsleben nur über unentgeltliche Beschäftigung und Krankheitsvertretung auf Widerruf. Als Nichtparteimitglied beendete er 1941/42 seine Feldpost-Karten aus Russland ohne ein „Heil Hitler“ (SchA, Personalakte).

Öffentliche Beachtung fand die Zwangspensionierung des Studienrats **Clemens Moser** am 23. August 1933 unter Berufung auf den Paragraphen 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. Wie in vielen anderen Fällen ging es den Nationalsozialisten um die Beseitigung von aktiven, angesehenen politischen Gegnern. Moser hatte sich als Vertreter der katholischen Zentrumspartei seit Jahren als scharfer Kritiker der NSDAP und ihrer Ideologie profiliert. Von 1922 bis 1933 war er Mitglied im Kreistag und im Hohenzollerischen Kommunallandtag gewesen und hatte von 1930 bis 1933 die Hohenzollerischen Lande im Preußischen Staatsrat vertreten. Noch am 12. März 1933, d. h. einer Woche nach dem großen Wahlerfolg der NSDAP auf Reichsebene, hatte das katholische Zentrum in Hechingen bei den letzten, nur noch eingeschränkt freien Wahlen zum Landeskommunallandtag in Sigmaringen deutlich mehr Stimmen als die NSDAP erhalten und Moser war wiedergewählt worden (Der Zoller Nr. 60 vom 13.3.1933; das Wahlergebnis: Zentrum 979, NSDAP 697, Freie Wahlvereinigung 396, SPD 188, Kommunisten 150, Einheitsfront Schwarz-Weiß-Rot 82 Stimmen). Moser musste bis 1945 im inneren Exil leben, „verfemt und von vielen gemieden, . . . sogar das Erteilen von Privatunterricht wurde ihm verboten“. Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde er von der Gestapo am 23. August 1944 verhaftet und bis 1. November in Saulgau in Haft gehalten (SchA Personalakte Moser; JB1933/34; Hohenzollerische Zeitung 1.9.1955 und 6.11.1956; vgl. Hans Joachim Bezler (Hrsg.) 2007, S. 122-

123, betr. den Leiter der Hohen Landesschule Hanau Artur Griesbachs, der im Juli 1933 wegen seiner sozialistischen und pazifistischen Gesinnung entlassen wurde.).

Ein weiteres Opfer der Repressionsmaßnahmen war der Hechinger Schulrat **Dr. Alfred Miller**, von 1891 bis 1897 Schüler der Hechinger Realschule, ab 1921 Schulrat in Hechingen und damit zuständig für die Volksschulen im Kreis Hechingen, mehrere Jahre Vorsitzender des Elternbeirates des Gymnasiums und wie Moser aktives Zentrumsmitglied. Dr. Miller war zudem einer der Verfasser der Satzung des „**Friedensbundes Deutscher Katholiken**“ (**FDK**) von 1924 und hatte diesen Bund mehrere Jahre bis 1929 als Vorsitzender geführt. Von 1928 bis 1931 zählte der FDK 9000 Einzelmitglieder und rund 36 000 Verbandsmitglieder. Verankert war der Friedensbund besonders in den katholischen Jugendorganisationen (Dieter Riesenberger 2015, S. 133; 1927 zählte der Friedensbund FDK 357 Geistliche, 299 Lehrer und 258 Akademiker, Werner Simon 2001, S. 271). Vom Reichstagsabgeordneten Vinzenz Stehle (NSDAP) wurde Dr. Miller nach der NS-Machtergreifung wegen seiner pazifistischen Gesinnung („pazifistischer Knochenerweichung“) im Kreistag heftig angegriffen, im April vom Dienst beurlaubt und im September mit stark gekürzten Pensionsansprüchen entlassen. Statt mit 540 RM musste seine Familie nun monatlich mit knapp der Hälfte auskommen. Er litt unter dem „Boykott der Kleinstadt und der Katholiken“ und des Stadtpfarrers Dr. Graf. Von seinen Lehrern fühlte er sich „verleugnet und im Stich gelassen“, wie er in einem Brief an den Rottenburger Bischof Johannes Baptista Sproll vertrauensvoll schrieb, denn dieser war ebenfalls aktives Mitglied im „Friedensbund“ gewesen und hatte sich auf der Fuldaer Bischofskonferenz im August 1928 für das Anliegen des Friedensbundes eingesetzt, jedoch vergeblich. Immerhin wurde Dr. Miller nicht wie andere Mitstreiter verhaftet und jahrelang inhaftiert (Der Zoller 7.4. 1933; Joachim Köhler 1989, S. 18, 33 und 38-46; Beate Höfling: Katholische Friedensbewegung zwischen zwei Kriegen: der „Friedensbund Deutscher Katholiken“ 1917-1933. Waldkirch 1979, S. 281 und S. 285; Helmut Kurz 2006, S. 40-41; für das Sauerland liegt eine gut recherchierte ausführliche Lokalstudie vor. Eingegangen wird ausführlich auf die die geistigen Grundlagen, auf die Aktivitäten des Friedensbundes für Frieden und Versöhnung und gegen Aufrüstung und Militarismus, trotz fehlender Unterstützung durch die Amtskirche und heftiger nicht nur verbaler Angriffe durch Rechtsradikale. Auch auf die Verfolgung führenden Mitglieder des FDK auf lokaler Ebene wird ausführlich eingegangen: Peter Bürger (Hrsg.): Friedensland Sauerland 2015).

Die Maßnahmen zur **Gleichschaltung** der Lehrpläne zogen sich über mehrere Jahre hin. Am 18. April 1933 teilte das Kultusministerium den Schulen mit, dass die bisher verwendeten Schulbücher auch im Schuljahr 1933/34 verwendet werden können (Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung 1933, S. 121). Im Januar 1934 erließ das preußische Kultusministerium die „Leitgedanken zur Schulordnung“. Darin wurde „die Erziehung der Jugend zum **Dienst am Volkstum und Staat im nationalsozialistischen Geist**“ als oberste Aufgabe der Schule bezeichnet. In Bezug auf die Rassenideologie des Nationalsozialismus scheinen offenbar viele die Brisanz und die tödliche Gefahr für Mitbürger verdrängt oder nicht wahrgenommen zu haben. Schon im ersten Jahr der NS-

Diktatur bot der junge Studienassessor K. eine **rassistisch gefärbte Musik-AG an**, in der sich fünf Schüler mit den allgemeinen „Grundlagen der Rassenseelenkunde“ und dem „Anteil der nordischen Rasse an der Entwicklung der europäischen und insbesondere der deutschen Musikkultur“ beschäftigten (JB 1933/34, S. 16).

Mit dem Erlass des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 13. September 1933 wurden die **„Vererbungslehre, Rassenkunde, Rassenhygiene, Familienkunde und Bevölkerungspolitik“** in die Lehrpläne der Abschlussklassen aller Schularten eingefügt und als „pflichtgemäßes Prüfungsgebiet“ vorgeschrieben. Am Gymnasium Hechingen waren die Untersekunda und Oberprima betroffen. Zudem sollte das „biologische Denken“ in allen Fächern „Unterrichtsgrundlage“ werden (Protokoll der LK 12.10. 1933; Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung 1933, S. 244; Renate Fricke-Finkelnburg 1989, S. 214). Ende des Jahres 1933 folgte noch der Erlass „Lehrgänge in Vererbungslehre, Rassenkunde usw.“, der die Lehrkräfte aller Schulen anhielt, sich mit diesen Themen in Arbeitsgemeinschaften und auf Lehrgängen zu beschäftigen, wenn möglich in „Gemeinschaftslagern“ (Erlass des Kultusministers Rust vom 15.12. 1933, in: Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung 1934, S. 52). Eine Ausdehnung des preußischen Rassegesetzes auf das Reich und detaillierte Ausführungsbestimmungen sind erst in dem Erlass des Reichserziehungsministers Rust vom 15. Januar 1935 zu finden (Die Deutsche höhere Schule - Zeitschrift des Nationalsozialistischen Lehrerbundes 1935, S. 121-124).

Erstmals werden im Schuljahr 1933/34 im Deutschunterricht der Oberstufe **auch** Werke von zeitgenössischen auslandsdeutschen, völkischen bzw. nationalistischen Schriftstellern - z. B. Hanns Johst und Erwin Guido Kolbenheyer - gelesen (JB 1933/34, S. 4). Auch ein Vergleich der Aufsatzthemen vor und nach der Machtergreifung 1933 verweist auf die einsetzende Gleichschaltung des höheren Schulwesens durch das NS-Regime (JB 1933/34 ff.).

Einige „Signale“ und Verlautbarungen der vorgesetzten Schulbehörde täuschten bis 1935 über den radikalen Bruch mit den traditionellen humanistischen Bildungs- und Erziehungszielen hinweg. So hielt der Protokollant der Lehrerkonferenz vom 31. Mai 1935 folgende Bemerkung des Oberschulrats Dr. Paehler vom Provinzialschulkollegium Koblenz fest: „Die Schriften ‚Mein Kampf‘ und ‚Rosenbergs Mythos‘, sowie die weiteren Gegenschriften dürfen nicht als Grundlage für den Schulunterricht benutzt werden. Überhaupt sollen Tendenzschriften völlig aus dem Unterricht gelassen werden.“ (Protokoll der LK 31.5.1935, S. 93). Als das Kollegium im Juni 1933 als Leitgedanken für den Unterricht in den vier oberen Klassen das Thema „Deutsches Volk und deutscher Lebensraum“ wählte, sollte mit der Behandlung der Völkerwanderung begonnen werden. Als aktuelle Schwerpunkte einigte man sich auf Südtirol, das unter den deutschfeindlichen Maßnahmen des italienischen Faschismus schwer litt, und den polnischen Korridor, der seit dem Versailler Friedensvertrag von 1919 Ostpreußen vom Deutschen Reich trennte (Protokoll der LK 1.6. 1933, S.

24). Auch in Bezug auf die kirchenfeindliche NS-Ideologie konnten sich im zweiten Jahr der NS-Diktatur noch manche Kollegen **Illusionen** machen, denn das Schuljahr begann wie üblich mit einem katholischen Gottesdienst bzw. einer evangelischen Andacht (Protokoll der LK 15.4.1934). Eine Verfügung vom Oktober 1933 hatte sogar von einer „Teilnahmepflicht der Schüler an Schulfeiern und Schülergottesdiensten“ gesprochen (Protokoll der LK 12.10.1933). Ab 1936 wurde jedoch die Teilnahme am katholischen Gottesdienst und an der evangelischen Andacht zu Schuljahrsende bzw. -beginn endgültig „freigestellt“ und ab 1937 nicht mehr regelmäßig vermerkt (JB 1936, S. 17; JB 1938, S. 15; Mitteilungsbuch 3.4. und 24.4.1935, 25.3.1936 und 20.3.1937).

Die Festkultur oder besser **Festunkultur** diente von Anfang an der Propagierung und Verharmlosung der NS-Ideologie. Durch die zahlreichen politischen Gedenkstunden und Feiern, verbunden mit pathetischen Ritualen, mit dem verordneten Hitlergruß, dem Singen des Horst-Wessel-Liedes, der Flaggenerehrung und dem erlaubten bzw. erwünschten Tragen der HJ- und SA-Uniform gingen **Verführung und Indoktrinierung** eine enge Verbindung ein. Die Gleichschaltung des Schullebens setzte bereits am Ende des Schuljahrs 1932/33 ein, als am 8. März 1933 „zur Feier des Sieges der nationalen Front (NSDAP und DNVP)“ der Unterricht ausfiel und am 20. März wegen der Eröffnung des neuen deutschen Reichstages eine Schulfeier stattfand. Lehrer und Schüler waren verpflichtet, „am Rundfunk Zeuge der erhebenden Feierlichkeiten in Potsdam“ zu werden (JB 1932/33, S. 25). Das Schuljahr 1933/34 war von einer ununterbrochenen Folge von **Gedenkstunden, Feiern und weiteren politisch eingefärbten Aktivitäten** geprägt. Sie waren stets mit der nationalsozialistischen Ideologie bzw. der aktuellen Politik der NSDAP verknüpft. Die Radikalität der politischen Umwälzung wahrzunehmen und zu reflektieren, dazu waren manche außerstande. Zwei Beispiele: Studienrat L. führte in seiner Ansprache anlässlich einer Gedenkstunde der Schule am 30. Januar 1934 verharmlosend aus: „Vom Wandervogel bis zur Hitlerjugend kämpft die deutsche Jugend den Kampf um das Recht ihres natürlichen Wachstums. Der Garant dieses Wachstums ist ein starkes Deutschland unter zielbewusster Führung“ (JB 1933/34, S. 24-25) und Studiendirektor Dr. Schmitt beendete seine Abiturrede am 28. 3. 1934 mit der Mahnung, „nie zu vergessen, dass nur über die Zugehörigkeit zu einem **echten Volkstum** der Weg zur wahren Menschheit führt“ (JB 1933/34, S. 26). Dabei hatte Dr. Schmitt schon am 20. September anordnen müssen (Mitteilungsbuch 1933, S. 74), dass im Deutschunterricht aller Klassen bis Ende des Monats vier Lieder zu lernen seien, neben zwei Liedern der Jugendbewegung der Zwanzigerjahre (darunter „Der Wind streicht über Felder“) auch das aggressive NS-Propagandalied „Volk ans Gewehr“, das den Führerkult und ein „Es gibt kein Zurück mehr“ propagierte ((Mitteilungsbuch 1933, S. 74).

Der Jahresbericht des Schuljahrs 1933/34 verzeichnet im Abschnitt „Chronik“ folgende **Feste, Feiern, Gedenkstunden** und Veranstaltungen: am 1. Mai 1933 „Feiertag der nationalen Arbeit“, Teilnahme an der Feier des von der Stadt und der NSDAP gestalteten Tages, am 2. Mai die nach-

geholte Feier von „Führers Geburtstag“, am 20. Mai Besuch des Schauspiels „Schlageter“ von Hanns Johst im Museum, am 26. Mai die Schlageter-Gedenkfeier in der Aula, am 24. Juni Beteiligung der Schule an dem von der Stadt veranstalteten „Fest der Jugend“ und an der Sonnwendfeier, am 28. Juni die Versailles-Gedenkstunde mit Ansprache des Direktors, am 11. September Gedenkstunde zur Erinnerung an die Befreiung Wiens im Jahre 1683, am 30. September, am Vortag des Erntedankfest, „eine schlichte Feier zu Ehren des deutschen Bauertums“ mit einer Ansprache des Studienrats P., am 1. Oktober Beteiligung der Schule am Erntedanktag in Hechingen, am 17. Oktober **Filmbesuch von „SA-Mann Brand“** im Museum durch alle Klassen, am 22. Dezember eine Gedenkstunde, die dem Lebensweg von Hitlers Ideengeber Dietrich Eckart, „dieses Heroldes der nationalsozialistischen Revolution“ wie es hieß, gewidmet war; am 18. Januar 1934 die Reichs-gründungsfeier, an der die Jungvolk-, die HJ- und die SA-Mitglieder im Braunhemd und das Kollegium im dunklen Anzug zu erscheinen hatten; am 30. Januar 1934 eine Gedenkstunde anlässlich des „großen geschichtlichen Tages, . . . an dem vor einem Jahr Adolf Hitler das Steuer des Reiches in seine Hand nahm“; am 22. Februar 1934 für alle Klassen eine Vorführung des Films **„Sieg des Glaubens“ von Leni Riefenstahl**, eines NS-Propaganda-Films über den Reichsparteitag vom September 1933 in Nürnberg und am 28. Februar 1934 die Feier des „Heldengedenktages“, der an die Stelle des Volkstrauertages getreten war (JB 1933/34). Am Schuljahrsende erfolgte nach der Abschlussfeier die „Flaggenmehrung“ vor dem Schulgebäude (Protokoll der LK 23.3.1934, S. 50; Mitteilungsbuch 1932/33 und 1933/35).

Ab dem Schuljahr 1934/35 fielen einige Veranstaltungen weg, andere kamen dazu, z. B. Anfang Mai „die Feier zu Ehren der deutschen Mutter und der deutschen Familie“ (Ordner H 2, Programm der Feier vom 12. Mai 1934 mit einem Text von Heinrich Anacker und Gedichten von Albert Träger, Gustav Falke und Hermann Hesse) und im September „der Tag des deutschen Volkstums“ (Jahresbericht 1933/34 ff.; vgl. die zahlreichen politischen Feiern, Vorträge und Gemeinschaftsempfänge von Rundfunkreden am Isolde-Kurz-Gymnasium Reutlingen 1938/39, in: Von der höheren Töchterschule zum Isolde-Kurz-Gymnasium 1991, S. 34-35). 1935 fand kurz vor den Winterferien an Stelle der üblichen Weihnachtsfeier eine „Feier der Wintersonnenwende“ in Gestalt einer „Feier zur Würdigung des Winterhilfswerks“ statt, mit anschließender Straßensammlung durch Schüler und Lehrer (Protokoll der LK 17.12.1935). Die Zahl der Feiern und Feste ging Ende der 30er Jahre deutlich zurück und im Laufe des Krieges schließlich fast gegen Null.

Anlässlich der Abstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund und der gleichzeitigen Reichstagswahl (mit der Einheitsliste der NSDAP) beteiligten sich am 12. November 1933 einige Schülergruppen an Werbeaktionen unter der Leitung von Lehrern. Mit Sprechchören warben sie für ein Ja (JB 1933/34, S. 23). **Indoktrinierung und Mobilisierung der Jugend** erfolgte im Schuljahr 1933/34 auch durch den angeordneten **Gemeinschaftsempfang** von einigen großen Propagandaveranstaltungen der NSDAP (JB 1933/34, S. 20-26) und durch eine spezielle „natio-

nalpolitische Schulungsstunde“ pro Monat für die oberen Klassen mit Themen wie „Vererbungs-gesetze“ oder „Auslandsdeutschtum“ (Mitteilungsbuch 1933-1935).

1934 sollte jedes Kind das Lied „Deutsch ist die Saar, deutsch immerdar“ lernen, und jede Klasse sollte sich pro Monat eine Stunde „dem Kampf um Land und Volk der Saar“ widmen (Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung 1934, Mitteilung des Kultusministers betr. „**Saarpropagan-da**“ vom 20.12.1933, S. 55-56). Der Hintergrund dieser Aktivitäten war folgender: Aufgrund des Versailler Friedensvertrag war das Saarland vom Reich abgetrennt, dem Völkerbund unterstellt und dem französischen Währungsgebiet angeschlossen worden. 1935 hatten die Saarländer über den völkerrechtlichen Status ihres Landes abzustimmen. Die Lehrer reihten sich in die „Werbe-schlacht“ ein. In einer Konferenz berieten sie ausführlich, wie die Saarfrage fächerverknüpfend in Deutsch, Geschichte und Geographie zu behandeln sei (Protokoll der LK 17.5.1934).

Die **Hitlerjugend** hatte in **Hechingen** erst spät, im Juni 1932, Fuß fassen können. Der Widerstand vor allem kirchlicher Kreise hatte die zunächst auf 20 Mitglieder angewachsene Gruppe so sehr geschwächt, dass sie bis Anfang 1933 auf vier Mitglieder geschrumpft war. Dabei ging die Grün-dung der HJ-Gruppe von einem württembergischen Forstmann aus, ein weiteres Gründungsmit-glied war ein in Moskau geborener deutscher Unterprimaner, der zuvor bei den Deutschen Pfad-findern aktiv gewesen war (SchA, Reifeprüfungen, Bildungsgänge 1935 und 1939). Die 1932 ge-gründete Ortsgruppe des Bundes Deutscher Mädel (BDM) war sehr klein, eine stabile HJ-Gruppe kam erst nach der Machtergreifung 1933 zustande (Vgl. dagegen das Uhlandgymnasium in Tübin-gen. Dort waren im Schuljahr 1932/33 von den rund 200 Schülern über 80 in christlichen Vereinen wie dem Bibelkreis, der Jungschar und dem CVJM, aber auch etwa ein Viertel in nationalsozialisti-schen Vereinen, Gottfried Schwemer 2001, S. 50). Im Mai 1933 waren am Gymnasium Hechingen erst wenige in die HJ und den BDM eingetreten (Reifeprüfung 1938, Bildungsgang der Schülerin J. und Reifeprüfung 1936, Bildungsgang der Schülerin S.). Auch in Haigerloch und Umgebung konn-te die Hitlerjugend erst nach der Machtergreifung im Juni 1933 Fuß fassen (Reifeprüfung 1936, Bildungsgang von B.). Um die zahlreichen katholischen und evangelischen Jugendverbände zu schwächen und ins Abseits zu schieben, sprachen Ende Juni 1933 der Kreisleiter der NSDAP Dr. Johannsen und der Sturmführer der SA wegen der zu erwartenden Teilnahme von konfessionellen Jugendgruppen an dem von der Stadt veranstalteten „Fest der Jugend“ beim Landrat Schraer-meyer vor. Sie drohten, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht sei, falls konfessionel-le Jugendverbände in geschlossenen Gruppen „mit Abzeichen und Wimpeln bzw. Bannern“ teil-nehmen würden. Landrat Schraermeyer wich vor der Drohung zurück und informierte Kirchen, Schulen und betroffenen Verbände dahingehend, dass schulpflichtige wie nicht schulpflichtige An-gehörige der **konfessionellen Jugendverbände nur in Zivilkleidung** ohne Banner usw. mit-marschieren dürften. Betroffen waren die Jugendgruppe „Neudeutschland“, die Sturmschar und Jugendschar, der katholische Sportverband DJK, der katholische Gesellenverein und der Verein

der katholischen weiblichen Jugend (Ordner E 15, Schreiben vom 23.6. 1933; vgl. SchA, Nationalpolitische Lehrgänge 1934-36, Berichte etc.). Dieselbe Stoßrichtung hatte der Erlass „Erziehung zum nationalsozialistischen Staatsgedanken“ der Preußischen Staatsregierung vom 24. August, einschließlich der Ergänzung vom 9. September 1933. Dieser Erlass öffnete die Schulen grundsätzlich nur für Aushänge der NSDAP und ihrer Unterorganisationen wie des Nationalsozialistischen Lehrerbundes (NSLB) und der Hitlerjugend (Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung 1933, S. 242).

Propaganda und Druck schien aus Sicht der NSDAP am Gymnasium auch angebracht. Einerseits waren in Hechingen nach Beginn des Schuljahres 1933/34 in der Unterprima (12. Klasse) bereits fünf von vierzehn Schülern in eine NS-Organisation (SA) und in der Obersekunda von elf Schülern und Schülerinnen neun in die HJ, die SA bzw. den BDM eingetreten, andererseits waren in der Untersekunda sieben von zehn ihren traditionellen Vereinen treu geblieben, so der katholischen „Neudeutschland“-Gruppe, der marianischen Jungfrauenkongregation, dem Turnverein und dem monarchistischen „Königin-Luise-Bund“; nur drei Untersekundaner ließen sich in die Hitlerjugend bzw. den BDM eingliedern (Klassenbücher der Untersekunda bis Oberprima). Am Ende des Schuljahrs 1933/34 waren aber fast alle Schülerinnen und Schüler in die Staatsjugend eingegliedert. Für sieben im Mitteilungsbuch namentlich genannte Schüler bzw. Schülerinnen der Sexta bis Quarta, die sich einer Mitgliedschaft im Jungvolk entzogen hatten, ordnete der Schulleiter am 15. September 1934, an einem Samstag, eine eigene dreistündige Unterweisung in das „nationalsozialistische Gedankengut“ an. Ab Juni 1935 waren alle in die HJ bzw. den BDM eingetreten. Die Schulstatistik von 1935 verzeichnete keine jüdischen oder ausländischen Schüler. Vom Gymnasium Sigmaringen ist ergänzend zu berichten, dass dort Schülern, die sich einer Gleichschaltung entziehen wollten, die Streichung der Erziehungsbeihilfe drohte (Ernst Wagner (Hrsg.) 1961, S. 70; siehe auch Wolfgang Widmaier 2012, S. 38-40). Ein neues, unangenehmes, in Hechingen seltenes Problem kam auf die Schule dadurch zu, dass Schüler und Schülerinnen bei außergewöhnlichem Einsatz in NS-Jugendorganisationen eine Vorzugsbehandlung bei Versetzungsentscheidungen erwarteten. Das Protokoll der Versetzungskonferenz vom 23. März 1936 vermerkte zwei Fälle. Dem Schüler H. und der Schülerin S. wurde trotz zweifacher Nichtversetzung eingeräumt, nach einem halben Jahr die mittlere Reifeprüfung wegen „besonderer Bewährung in der HJ“ zu wiederholen (SchA, Protokollbuch, S. 114).

Erst im November 1933 wurde eine Schulgruppe des **Volksbundes** (vor 1933 Vereins) **für das Deutschtum im Ausland** (VDA) gegründet, der alle deutschstämmigen Schülerinnen und Schüler beitraten (JB 1933/34, S. 28). Dieser Verein, der schon vor 1933 eine Massenorganisation war, organisierte Vortragsabende und Haus- und Straßensammlungen, kümmerte sich um die kulturelle Betreuung der Auslandsdeutschen und unterstützte deren Belange z. B. in Polen, in Siebenbürgen oder dem Sudetenland. Einer völligen Gleichschaltung konnte sich der Verein weni-

ge Jahre entziehen (Rudolf Luther: Blau 1999, S. 110-111), da er mit der NSDAP wegen des gemeinsamen Kampfes für eine **Revision des Versailler Friedensvertrages** eine große Schnittmenge hatte. Am 2. November 1936 hielt ein HJ-Unterbannführer von Danzig in der Aula einen Vortrag über Danzig und die Ostmark (JB 1936/37). 1937 veranstaltete die Schule zusammen mit dem Ortsverband des VDA einen „volksdeutschen Abend“, zum Thema „Volkstumskampf und Grenzlandnot im Sudetenland“, wo über drei Millionen Deutsch sprechende Bürger der Tschechoslowakischen Republik lebten. Der Chor trug „Deutschland, heiliges Wort“ vor und ein Sprechchor „Deutschland, wir bleiben dir ewig treu“ (Hohenzollerische Heimatbücherei Hechingen, Na 1000 XI; vgl. JB 1937/38, S. 18). Im Unterschied zur Zeit vor 1933 wurden nun auch zeitgenössische Schriftsteller wie Adolf Meschendörfer, Hans Watzlik oder Wilhelm Pleyer, die die Situation der Deutschen in Siebenbürgen und im Sudetenland aus völkisch-nationaler Sicht darstellten, in den Lektürekanon des Deutschunterrichts aufgenommen (Jahresberichte 1934-1940).

Direktor Dr. Schmitt gab nach den Sommerferien Lehrern und Schülern den Erlass des Kultusministers vom 22. Juli 1933 betr. die „**Einführung des deutschen Grußes**“ bekannt (Protokoll der LK 29.8.1933; Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung 1933, S. 203-204). In den vom Kultusministerium veröffentlichten „Leitgedanken zur Schulordnung“ vom 20. Januar 1934 wurde nochmals darauf verwiesen, dass für Lehrer und Schüler innerhalb und außerhalb der Schule der „deutschen Gruß (Hitlergruß)“ vorgeschrieben sei, auch für Religionslehrer (Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung 1934, S. 43-44, Erlass vom 20.1.1934). Wie konsequent der Erlass in Hechingen umgesetzt wurde, lässt sich anhand der Quellen des Schularchivs nicht beantworten; das gilt auch für den Erlass zum Grußverhalten beim Singen des Deutschlandliedes und der ersten Strophe des Horst-Wessel-Liedes. Eine Verfügung vom 5. Februar 1934 schrieb auch im Schriftverkehr den „Deutschen Gruß“ vor (Protokoll der LK 17.3.1934). Eine lesenswerte Darstellung der Kindheit in der Volksschule und im Jungvolk der HJ in Hausen im Killertal bieten die Erinnerungen „Damals im Killertal“ von Georg Schuler (Georg Schuler 2001, S. 148-175; siehe auch Paul Sauer: Wolfsölden 2008, S. 133-204).

Auch das äußere Erscheinungsbild der Schule wurde Ende 1933 durch einen Erlass des Reichsinnenministers Frick dadurch gleichgeschaltet, der nur Mitgliedern der Hitlerjugend und der SA das **Tragen von Uniformen und Abzeichen** in der Schule und bei Schulveranstaltungen **erlaubte**, nicht jedoch Mitgliedern konfessioneller Jugendverbände (Erlass vom 18.12.1933, in: Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung 1934, S. 43). Das Tragen von Klassenmützen wurde offenbar nicht verboten. Fotos Hechinger Schülern mit Klassenmütze liegen aber aus der NS-Zeit nicht vor. Sie passten auch nicht in das Bild einer gleichgeschalteten „Staatsjugend“.

Im September 1933 war eine **Säuberung der Schülerbücherei** durchzuführen. Diese verlief in Hechingen recht unspektakulär, da nur die dramatische Geschichte „Juarez und Maximilian“ des

jüdisch-deutsch-böhmischen Autors Franz Werfel entfernt wurde (Protokoll der LK vom 15.9. 1933; vgl. Protokoll der LK 25.10.1940). Die Lehrerbücherei war davon offenbar noch nicht betroffen oder die Säuberung erfolgte bewusst oberflächlich, denn noch heute stehen in ihr zum Beispiel Bücher des Philosophen und Pädagogen **Friedrich Wilhelm Foerster**. Die Bücher dieses damals bekannten Nazigegners und Pazifisten und vieler anderer Schriftsteller fielen der im Mai 1933 im Wesentlichen vom NS-Studentenbund organisierten öffentlichen Bücherverbrennung zum Opfer, dabei hatte Foerster in seinem Buch „Politische Ethik und politische Pädagogik“ (S. 462) schon 1918 und 1922 bedenkenswerte **humane Zielvorgaben** für die staatsbürgerliche Erziehung formuliert. So ist im Kapitel „Friedenspädagogik“ zu lesen: „Unsere kommende Pädagogik darf nie vergessen, dass sie nicht ein Soldatenvolk heranbilden soll, sondern Männer (und Frauen), die hohe Kulturtraditionen zu verwalten haben und die darum berufen sind, die Macht des Gemeinen in der Welt mehr mit der läuternden Macht hohen Geistesstrebens und sittlich-religiösen Vorbildes, als mit Explosivstoffen entgegenzutreten“ und im Kapitel „Staat und Religion“: Man „wird begreifen, dass die allertiefste „staatsbürgerliche Erziehung“ nicht in der bloßen Anpassung an das soziale Leben liegt, sondern in der Stärkung des persönlichen Charakters gegenüber dem Druck der Majoritäten, gegenüber der Tyrannei des korporativen Egoismus, gegenüber dem Rausch der nationalen Leidenschaft“ (SchA, Friedrich Wilhelm Foerster 1922, S. 462 und 523).

Eine Verfügung vom 19. August 1933 betraf die Beschränkung der Zahl der reichsdeutschen Nichtarier an höheren Schulen auf 5 % der Gesamtzahl (Protokoll der LK 29.8.1933, betr. Verfügung vom 19.8.1933). Für das Hechinger Reformrealgymnasium hatte diese Schikane allerdings keine Auswirkung, da schon seit Jahrzehnten der Anteil der Bürger jüdischen Glaubens an der Gesamtbevölkerung und die Zahl jüdischer Schüler deutlich zurückgegangen waren. Besonders bei Festen spürten aber die vier jüdischen Schüler, dass sie nur noch Schüler zweiter Klasse waren. Am Ende des Schuljahrs 1933/34 verließen sie das Gymnasium (Klassenbücher), darunter der Klassensprecher der Quarta Martin Eppstein (Sohn des Kaufmanns Edmund E.; siehe Klassenbuch der Quarta 1933/34). Seiner Schwester und ihm gelang es, 1940 bzw. 1939 Zuflucht in den USA bzw. England zu finden.



Programm zur Verabschiedung der Abiturienten 1934 (HHB, Na 1000)

Auf dem Programmblatt zur Verabschiedung der Abiturienten des Schuljahres 1933/34 standen nicht nur zwei Lieder von Beethoven und das unverdächtige Gedicht „Ostern“ von Theodor Storm, sondern auch der Badenweiler Marsch und der Schriftsteller und Kölner Germanist Ernst Bertram, der vor Jahren zum Freundeskreis von Stefan-George und Thomas-Mann gehört, aber im Mai 1933 die öffentliche Bücherverbrennung pathetisch begrüßt hatte.

Die „**Bildungsgänge**“/erweiterte Lebensläufe, die die OberprimanerInnen im Dezember ihren Gesuchen um Zulassung zur Reifeprüfung beifügen mussten, fielen meist **sehr ausführlich** aus und vermittelten einen Eindruck, wie sich nach der NS-Machtergreifung **Leseverhalten** und Interesse an zeitgeschichtlichen und aktuellen politischen Fragen verändert haben. Vor 1933 hatten vor allem die zunehmende Zerrissenheit der Parteienlandschaft, der Zuwachs der radikalen Ränder, die hohe, anhaltende Arbeitslosigkeit und die soziale Frage politisch interessierte Schüler stark beunruhigt. Kein Schüler äußerte in seinem erweiterten Lebenslauf jedoch schon vor 1933 Sympathien für die NSDAP oder für eine ihrer Unterorganisationen wie die HJ. Den Ende 1933 eingereichten „Bildungsgängen“ ist gemeinsam, dass sie auf die national-sozialistische Ideologie nur ausschnittsweise und auf den Antisemitismus nur in wenigen Fällen direkt Bezug nehmen. Viele zeigten sich im ersten Jahr der NS-Diktatur von der **Idee der Volksgemeinschaft fasziniert** und glaubten, damit würden Klassendünkel und Klassenschranken überwunden. Ein politisch sehr interessierter Schüler schrieb Ende 1933: „Der politische Tageskampf tobte um uns in den letzten Jahren grausam hart und rücksichtslos. Stand kämpfte gegen Stand. Hass, Hader, Zwietracht und weltanschauliche Zerrissenheit spaltete unser Volk in Parteien und Interessenhaufen. . . Ich beschäftigte mich mit den Werken des Marxismus und solchen, die ihn behandelten. Zeitweise hielt ich eine eigene Zeitung.“ Zur Lektüre-Liste dieses Schülers gehörten auch sechs Bücher, die nationalsozialistisches Gedankengut propagierten bzw. von führenden Nationalsozialisten stammten. Er erwähnte, dass er schon im Juli 1933 in die SA eingetreten sei (SchA, Reifeprüfung 1934, „Bildungsgang“ Nr. 30). Ein anderer Abiturient interpretierte in seinem „Bildungsgang“ die Verschiebungen parteipolitischer Präferenzen nach rechts innerhalb eines knappen Jahres als einen Reflex auf die politischen Veränderungen auf Reichsebene. Er fasste seine Beobachtungen wie folgt zusammen: „Von den politischen Kämpfen der letzten Jahre war Hechingen kaum berührt worden. Wir Schüler wussten deshalb auch nicht viel von der Politik der Gegenwart. Als sich in den letzten Reichstagen (1932-1933) eine Umschichtung bemerkbar machte, horchten wir auf und begannen, uns mehr mit der Politik zu befassen. Ich erinnere mich an manche politischen Auseinandersetzungen, die wir während der Pause im Schulhof hatten. Wir fühlten alle, dass etwas in der Luft lag. Die meisten von uns begrüßten dann auch die Machtübernahme durch Adolf Hitler. Und **die wenigen Skeptiker, die sich damals erhoben, sind heute verstummt**“ (SchA, Reifeprüfung 1934, „Bildungsgang“ vom 1.12. 1933, Schüler Nr. 25).

Die Lebensläufe sind als Quelle gewiss mit Vorsicht heranzuziehen. In der lesenswerten Darstellung der Schulgeschichte des Apostelgymnasiums in Köln (O. Geuthner, H. Hengsbach, S. Westerkamp 1985, S. 107-108) wird die Problematik dieser Quellen wie folgt beschrieben: „Es kam also darauf an, gegenüber dem Lehrerkollegium bzw. der Schulbehörde einen guten Eindruck zu machen. Man kann heute schwer beurteilen, inwieweit diese Lebensläufe der eigenen Überzeugung entsprachen oder als Lippenbekenntnis gegenüber dem Gremium zu verstehen sind, das über die Hochschulreife zu befinden hatte. Aber zu welcher Kategorie die Aussagen auch immer gehören, so spiegeln sie doch in jedem Fall ein geistig-moralisches Klima, in dem solche Aussagen einen Sinn hatten.“

Die Machtübernahme durch die NSDAP brachte ab dem Schuljahr 1933/34 im privaten **Leseverhalten** der Schüler **eine tiefe Zäsur** mit sich. Während die Oberprimaner in ihren Bildungsgängen vor 1933 nahezu keine nationalsozialistische, völkische und den Weltkrieg verherrlichende Literatur als **Privatlektüre** erwähnten, ergibt eine Auswertung der am 1. Dezember 1933 vorgelegten Bildungsgänge folgendes Bild: Vier von zwölf Abiturienten nannten als Lektüre „Mein Kampf“ von Adolf Hitler und „Volk ohne Raum“ von Hans Grimm, ein Schüler das Machwerk „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“ von Alfred Rosenberg, fünf Schüler verschiedene Darstellungen über Adolf Hitler und die NSDAP - z. B. von Czech-Jochberg - und drei Schüler Kriegsbücher von Werner Beumelburg. Einmal genannt wurden Publikationen von folgenden Autoren: Henry Ford, Paul von Hindenburg, Hanns Johst, Erwin G. Kolbenheyer, Adolf Meschendörfer, Moeller van den Bruck, Philipp Witkop, den Herausgeber einer Sammlung von Kriegsbriefen gefallener deutscher Studenten (Siehe Manfred Hettling und Michael Jeismann: Der Weltkrieg als Epos. Philipp Witkops Kriegsbriefe gefallener Studenten 1993, S. 175-198.) Die Auflage von 1928 und die vom Herbst 1933 mit einem neuen an die NS-Machtergreifung angepassten Vorwort waren gegenüber der ersten Auflage von 1916 deutlich erweitert, enthielten circa 130 Briefe von über 100 Studenten vom August 1914 bis Oktober 1918 und boten **verschiedene Lesarten** an. Drei Phasen seien zu unterscheiden: in den ersten Monaten bis spätestens zum Frühjahr 1915 vermitteln die Briefschreiber wirklich **„Kriegsbegeisterung“**, gefolgt von einer langen Phase, in der überwiegend die Erfüllung der **„Pflicht“**, aber auch Ohnmachtsgefühle im Vordergrund stehen, gegen Kriegsende vermitteln die Briefe aber im Wesentlichen nur noch **Gefühle „resignierter Erschöpfung“**.).

Nur ein Lebenslauf des Hechinger Abiturientenjahrgangs 1934, der einer Schülerin, die von 1925 bis 1931 das katholische Marienlyzeum in Sigmaringen besucht hatte, fällt aus dem Rahmen. Bei ihr findet sich kein Hinweis auf eine private Lektüre mit völkischer oder nationalistischer Tendenz.

Im Zuge der Machtsicherung bedienten sich die Nationalsozialisten einer breiten Palette von Maßnahmen, die von verharmlosender Propaganda bis zur gesetzlosen Verhaftung und rechtloser Inhaftierung in Konzentrationslagern reichten. Für Hechingen war das nächst gelegene verharmlo-

send „Schutzhaftlager“ genannte Konzentrationslager Heuberg bei Stetten am kalten Markt, in das bereits im April 1933 „Schutzhäftlinge“, meist Kommunisten und Sozialdemokraten, eingeliefert wurden, und ab November 1933 das **KZ Oberer Kuhberg** bei Ulm, deren Häftlingsliste auch den ehemaligen Schüler des Gymnasiums Hechingen Erwin Schuler vom Abitur-Jahrgang 1925 verzeichnet. Er war bereits seinen Mitschülern als Freund von Sowjet-Russland aufgefallen. Die Abi-Zeitung hatte ihm folgende Wort in den Mund gelegt: „Das Volk, das lebt dort wie im 7. Himmel, / Wer andres sagt, der hat nen Fimmel. / Friede herrscht dort, Freundschaft, Wohlergehen, / Auch freie Liebe, das ist schön. / Lasst uns das Kapitalisten-Deutschland fliehn, / Und nach dem freien Russland ziehn.“ (HHB, K 912, I) Nach dem Abitur hat er an der Universität Tübingen Volkswirtschaft studiert und 1932 über Paretos Marx-Kritik promoviert. Mit dem kommunistischen Gerichtsreferendar Wolfgang Abendroth, einem guten Bekannten, war es ihm 1930 gelungen, die kleine Textilarbeiter-Verbandsorganisation im Kartell der Freien Gewerkschaften und den Vorstand der SPD in Hechingen für ein gemeinsames Vorgehen gegen den Faschismus, aber auch gegen die Notverordnungen des Reichskanzlers Brüning zu gewinnen. Tragisch ist sein früher Tod 1943, ein Opfer von Hitlers Größenwahn (Andreas Diers 2006, S. 144 und S. 226-228; Herkunftsorte der Häftlinge des KZ Oberer Kuhberg Ulm: http://dzok-ulm.de/downloads/PDF-Haeftlingsliste_fuer_Homepage.pdf, eingesehen 15.4.2017).

NS-Propaganda und Terror ließen kritische Bürger verstummen, erschwerten die Identitätsfindung junger Menschen und führten zu schneller Anpassung an die NS-Diktatur. Die Aussichten der Abiturienten, ein Studium aufnehmen zu können, waren als Folge der Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit in Deutschland schon vor 1933 beängstigend schlecht gewesen. Auch am Ende des Jahres 1933 äußerten notgedrungen fünf von elf Abiturienten die Absicht, sich nach dem Abitur erst einmal ein halbes Jahr für den Dienst im Reichsarbeitsdienst zu melden.

1934-1935

Mit der Errichtung einer Einparteiendiktatur bis Juli 1933, der Beseitigung der Meinungsfreiheit und der Aushöhlung des Rechtsstaates sahen sich alle Schulen und Bildungseinrichtungen mit dem Totalitätsanspruch des NS-Unrechtsstaates konfrontiert. Zahlreiche Quellen zeigen, wie unverblümt die **Gleichschaltung** der Schulen vom NS-Staat gefordert und nach und nach vollzogen wurde. So zitierte Oberschulrat Dr. Paehler vom Provinzialschulkollegium Koblenz anlässlich der Revision des Gymnasiums im Juni 1934 den Reichskultusminister Rust wie folgt: „Wer Adolf Hitlers Erbe vollziehen will, muss von Nationalsozialisten erzogen werden, d. h. der Geist der Schule muss vom Geist des 3. Reiches getragen sein. Die Jugend ist restlos in diesem Sinne zu erziehen.“ (Protokoll der LK 15.6.1934) Die politische Gleichschaltung ging sogar so weit, dass Mitglieder der HJ in Versammlungen aufgefordert wurden, ihre Eltern und Freunde zu bespitzeln und bei abweichender politischer Einstellung anzuzeigen (Wolfgang Widmaier 2012, S. 41).

Von Januar 1934 bis Oktober 1936 wurden für Schüler und Schülerinnen der Untersekunda bis Oberprima mehrere ein- bis dreiwöchige **national-politische Lehrgänge** durchgeführt (Jahresberichte 1933/34-1936/37; Lehrgänge in Lorch, Bacherach und Boppard am Rhein, in Altenahr, Überlingen, Konstanz, Godesberg, Meersburg und Freiburg). Direktor Dr. Schmitt ordnete die Lehrgänge in einer Broschüre wie folgt in die politische "Schicksalswende" ein: „Am 4. Oktober 1933 stellte der Preußische Kultusminister der **neuen völkischen Schule** die Aufgabe, die deutsche Jugend durch Weckung und politische zielbewusste Pflege der gesunden rassistischen Kräfte in Heimat, Volk und Staat einzugliedern. Eine Aufgabe, die sich zwangsläufig aus der gewaltigen Schicksalswende ergab, die am 30. Januar 1933 unser ganzes Volk in neue Bahnen wies.“ (SchA, J. A. Schmitt. Die nationalpolitischen Schülerlehrgänge der rheinischen höheren Schulen. 1935, S. 1) Die Konturen eines radikalen Wandels zeichneten sich nach und nach ab, auch wenn zahlreiche Aktivitäten wie diese Lehrgänge vor allem aus Schülersicht teilweise Studienfahrten vor 1933 glichen. So berichteten Schüler und Lehrer von Stadtbesichtigungen, vom Besuch typischer Ausflugsziele wie des Freiburger Münsters, der Insel Mainau, einer Rebschule, des Münsters in Breisach mit seinen Altären, der Klosterkirche Birnau mit Führung durch einen Pater, dem Besuch einer Oper und der Besichtigung einer Taubstummenanstalt in Meersburg (Jahresberichte ab Schuljahr 1934/35; Niederschriften der LK vom 31.5.1935 und 26.9.1936; SchA, Reifeprüfungen 1935-39, „Bildungsgänge“; Ordner E IV, 15, Lehrerbericht 1936; nationalpolitische Lehrgänge 1934-1936).

Die ideologische Ausrichtung der Lehrgänge wurde nicht verschleiert. Großen Wert legten sie auf Sport, Wehrsport und das Gemeinschaftserlebnis, ferner auf das Singen von Volksliedern und das Erlernen von Kampf- und Marschliedern der SA. In den ersten Lehrgängen fand auch eine „eindringliche Werbung“ für die Hitlerjugend statt, denn bis Anfang 1934 waren in manchen Klassen zahlreiche Schüler noch nicht in das Deutsche Jungvolk, die Hitlerjugend (HJ) bzw. in den Bund Deutsche Mädel (BDM) eingetreten (Klassenbücher; Reifeprüfung 1938, „Bildungsgang“ von G.). Im Lehrgangsbericht führte Stud.- Ass. W. K. diese Anfangsschwierigkeiten der Staatsjugend auf „starke **Vorurteile gegen die HJ**“ zurück. Von dieser Erfahrung berichtete auch eine Abiturientin in ihrem „Bildungsgang“. Sie habe nach ihrem Eintritt in den Bund Deutsche Mädel im Mai 1933 Karriere im BDM gemacht und sei bei ihrer aufreibenden Arbeit als engagierte Ringführerin auf „oft unglaublich hartnäckige **Gegenwehr der Eltern**“ und „böswillige **Pfarrer**“ gestoßen (SchA, Reifeprüfung 1936, „Bildungsgang“ von H.).

Für das Kultusministeriums und die Organisatoren der **nationalpolitischen Lehrgänge** war die direkte **politische Schulung** vor allem 1934 ein wichtiges Element bei der Durchführung der insgesamt fünf zwei- bis dreiwöchigen Lehrgänge (1934-1936). Die Unterlagen der beiden Lehrgänge von 1934 berichten von politischen Vorträgen und Lesungen. Verwendung fanden u. a. Texte aus Hitlers „Mein Kampf“, von Joseph Goebbels, Hermann Göring, Alfred Rosenberg, Walther Darré,

Dietrich Eckart, Heinrich Anacker und Gedichte des Reichsjugendführers Baldur von Schirach (SchA, Nationalpolitische Lehrgänge 1934-1936, Schnellhefter; Jahresberichte 1933/34–1936/37).

Zwei Jahre später (1936) nahm die neunzehneitige **Lehrgangsfibel** für national-politische Schülerlehrgänge des Oberpräsidiums der Rheinprovinz/ Abt. für höhere Schule eine Akzentverschiebung vor. Die direkte politische Schulung wurde zurückgefahren. „Körper, Charakter und Geist“ sollten im Sinne der NS-Ideologie geformt werden. Wörtlich hieß es: „Was man auch in der Schule erledigen kann, gehört nicht in den Lehrgang“ und „die Haltung während des Lehrgangs muss soldatisch sein“ (SchA, Ordner E IV 15, national-politische Lehrgänge 1936, S. 9 und 13) Die Hitlerjugend sollte punktuell mit einbezogen werden. So sollten sich die Schüler, die am Sonntag nicht in die Kirche gingen, zu „einer nationalsozialistisch ausgerichteten Feierstunde“ zusammenfinden. „Der anschließende Empfang der Rundfunkübertragung der **sonntäglichen Hitlerjugend-Stunde**“ sollte wieder alle Teilnehmer zusammenführen. **HJ-, SA- und SS-Uniformen** seien mitzunehmen, ebenso das **Liederbuch der HJ** (Lehrgangsfibel, S. 10 und 18). Die umfangreichen „Bildungsgänge“ der Abiturientinnen und Abiturienten legen allerdings den Schluss nahe, dass für die allermeisten Schüler und Schülerinnen die politische Schulung eher eine wenig beeindruckende Begleitererscheinung war; wenn überhaupt, wird die politische Schulung nur kurz erwähnt (SchA, Reifeprüfungen, „Bildungsgänge“ 1935, 1936, 1938 und 1939; Nationalpolitische Lehrgänge 1934-1936, Schülerberichte und Fotoalbum; SchA, Ordner E IV 15). Als „Hauptzweck“ des nat.-pol. Lehrganges in Freiburg im Herbst 1936 sah die Oberprimanerin A. S. in ihrem Schülerbericht darin, Land und Leute . . . kennen zu lernen“ und was ihre Künstler geschaffen haben, „schätzen und lieben zu lernen.“ (SchA E IV 15)

Ab 1934 wurden für Lehrer überregionale **Lehrgänge des NS-Lehrerbundes** und anderer Unterorganisationen der NSDAP mit dem Ziel politischer Indoktrination und Gleichschaltung durchgeführt. Ein örtlicher „nationalsozialistischer Schulungskurs“ für die Kollegen fand im Dezember 1935 statt, mit Leseproben aus Hitlers „Mein Kampf“ und einem NS-Lesebuch (Mitteilungsbuch 1935-1940, S. 54, 16.12.1935). Politische Schulung fand auch auf den jährlichen **Direktorenversammlungen der Rheinprovinz** statt (Protokoll der LK 18.11. 1935, S. 97; vgl. JB 1935/36, S. 16-17 betr. Lehrgänge des NSLB, des VDA, der NS-Gauführerschule und der Reichskulturkammer; JB 1937/38, S. 13). Ende 1935 sprach Schulleiter Dr. Schmitt von „Nachholbedarf“ der älteren Lehrergeneration in Bezug auf Schulungen in den Gliederungen der NSDAP (Protokoll der LK 18.11.1935, S. 98). Schulungs- und Fortbildungslager gab es nicht nur für die HJ und Lehrer, sondern auch für andere Berufsgruppen. Andreas Kraas (Lehrerlager 1932-1945. Bad Heilbrunn 2004) nennt diese zivilen Lager, denen militärische Ordnung nicht fremd war, „Integrationslager“.

Die zahlreichen Aktivitäten der Schülerinnen und Schüler in der Hitlerjugend und im Bund Deutscher Mädel störten und behinderten die traditionelle Erziehungsfunktion der Schule. Von Sommer

1934 bis Dezember 1936 wurde der **Samstag**, der „**Staatsjugendtag**“, für Aktivitäten der HJ unterrichtsfrei gehalten (Kurt Ludwig Joos 2012, S. 59). Die wichtigsten Aktivitäten der Staatsjugend waren landesweit Sport und Spiel, „Appelle, Exerzieren, Ausmärsche und Geländespiele“, also eine vormilitärische Ausbildung (Kurt Ludwig Joos 2012, S. 58).

Am Gymnasium Hechingen wurden 1934 vier Schüler und der Unterbannführer der HJ Studienassessor K. drei Tage für die Teilnahme am Reichsparteitag in Nürnberg beurlaubt (JB 1934/35, S. 12 und 15). Auch in den folgenden Jahren wurden Lehrer und SchülerInnen wiederholt zu Veranstaltungen / Lehrgängen des NSLB, der HJ und des BDM beurlaubt (Jahresberichte).

Die „besondere Bewährung in der HJ“ wurde nur sehr selten in einer Versetzungskonferenz angesprochen (Protokoll der Zeugniskonferenz 23.3.1936). Einige Schülerinnen und Schüler übernahmen in den Jahren nach der Machtübernahme folgende **arbeitsintensive Führungsfunktionen** in der HJ bzw. dem BDM: Führer einer „Kameradschaft“, eines „Jungzuges“, eines „Fähnleins“, eines „Jungbanns“ des Jungvolks (10- bis 14-Jährige) oder einer „Schar“ der HJ bzw. Führerin einer „Jungmädelschaft“, einer „Mädelgruppe“ oder eines „Jungmädeleringes“ des BDM. Ein Schüler erwähnte seine Funktion als Leiter der Abteilung Presse beim HJ-Bann 127, ein anderer seine Tätigkeit als „Stammschulungswart“ (SchA, Reifeprüfungen 1934 bis 1939, „Bildungsgänge“). Eine Schülerin des Abiturjahrgangs 1936 klagte, dass die Arbeit als Gruppen- und Ringführerin und die Teilnahme an zahlreichen Lehrgängen und Veranstaltungen in Stuttgart, Schramberg usw. dafür verantwortlich seien, dass dadurch „die Schularbeit sehr stark in den Hintergrund“ getreten sei (Reifeprüfung 1936, „Bildungsgang“ von H.). In einem „Bildungsgang“ des Abiturjahrgangs 1938 findet sich folgende Klage: Als fünfzehnjährige Schülerin am Gymnasium habe sie in der Funktion einer Führerin des Hechinger „Jungmädeleringes“, dem über 1000 Mädchen angehörten, keine Freizeit mehr gehabt. Die schulischen Leistungen seien deshalb zurückgegangen (SchA, Reifeprüfung 1938, „Bildungsgang“). Diese Klage beschrieb offenbar einen allgemeinen vor allem durch außerschulische Aktivitäten der Staatsjugend verursachten Trend; denn 1938 sprach sogar eine Denkschrift des NS-Lehrerbundes davon, dass das „Bildungsniveau der Schule nicht mehr dem Stand vor 1933 entspricht“ (K. L. Joos 2012, S. 59).

Nach dem Tod des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg wurden ab September 1934 alle Lehrer neu vereidigt. Das Gesetz des Reichsinnenministers Wilhelm Frick vom 21. August schrieb den öffentlichen Beamten folgende **Eidesformel** vor: „Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes Adolf Hitler treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“ (SchA, Personalakten).

4.2 1935-1937: Fortsetzung des reichsweiten Umbaus des Bildungswesens mit dem Ziel der ideologischen Gleichschaltung

Bis Juni 1935 waren alle SchülerInnen des Reformrealgymnasiums Hechingen mehr oder weniger freiwillig Mitglied der HJ geworden. Damit erhielt die Schule die Erlaubnis, in einem feierlichen Ritual die HJ-Fahne zu hissen. Diese Feier fand am 18. Januar 1936 „im Beisein aller Behörden des Staates und der Partei“ unter Singen der 1. Strophe des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes statt (JB 1935/36; S. 19; Erlass „Leitgedanken zur Schulordnung“ vom 20.1.1934. In:



Das Lehrerkollegium 1936: vorn von links nach rechts; sitzend Dr. Edmund Otte, Dr. Josef Rager, Adolf Steidle, **Direktor Dr. Johann August Schmitt**, Hans Freund, Heinrich Fassbender, stehend Dr. Wilhelm Kraas, Wilhelm Kruchen, Dr. Ludwig Gradl, Bruno Arthur Schmidt, Ludwig Abel, Gotthardt Liebetanz, Dr. Karl Kuhn und Sebastian Flad (HHB, Na 1001, XIV)

Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung 1934, S. 43-44). Lehrer und Schüler waren zur Teilnahme am Flaggenhissen und –einholen verpflichtet. Zu diesem Ritual gehörte jeweils auch ein **NS-Flaggenspruch** (Protokoll der LK 15.4.1936; Mitteilungsbuch 1935-1940, z. B. S. 150 vom 27.7.1938; siehe Fahnensprüche in der Volksschule in Hechingen, berichtet von Otto Werner 1980, S. 4).

Ein ausführlicher Ministererlass verpflichtete die Fachlehrer ab Januar 1935 „den **Luftfahrtgedanken** nach Möglichkeiten zu betonen und zu fördern.“ Selbst vom Latein- und Mathematiklehrer wurde hierfür ein Beitrag erwartet. Die Einrichtung einer **Segelflug-AG** wurde in Aussicht gestellt (Protokoll der LK 22.1.1935, S. 79). Auf Interesse stieß bei den Schülern die Bastelabteilung des nationalsozialistischen Fliegerkorps (NSFK) und die Luftsportabteilung der HJ (Protokoll der LK 2.12. 1937).

„Im Sommer 1935 nahm ich“, schrieb ein Primaner, „mit meiner Klasse an einem (sechstägigen) **Luftschutzkurs** teil.“ Schüler wurden hier mit der **Gasmasken** vertraut gemacht und lernten theore-

tisch und praktisch die Bekämpfung der Giftgase und Brände. Auch Luftschutzkeller bauten sie gemeinsam aus (SchA, Reifeprüfung 1938, „Bildungsgang“ vom 1.12.1937; JB 1935/36, S. 19). Das Amt des „Luftschutzobmannes und des Luftschutzhauswarts“ hatte StR Faßbender im März 1934 übernommen (Protokoll der LK 17.3.1934; Verfügung zum Luftschutz in der Schule vom 13.3.1934).

Ein Brief der Oberprimanerin S. vom Juni 1935 aus dem **Reichsarbeitsdienst-Lager** in Offenburg an ihre Lehrer in Hechingen (1935) vermittelt einen Eindruck, wie dieser „Dienst“ Jugendliche für die Ideologie der „**Volksgemeinschaft**“ gewinnen konnte. Diese Schülerin berichtete: „Und wir gehen hinaus zum Brunnen, ziehen mit der Heugabel ins Feld . . . und erleben das Bauersein mit all seinen Mühen und all seinen Freuden und erleben diese herrliche **Verbundenheit von Blut und Boden**. . . Und meine Losung für die Kommenden heißt „Ich muss“ und „Ich darf“ (SchA, Ordner G 6, Brief vom 17. Juni 1936). Seit 1935 war der **halbjährige Arbeitsdienst** für junge Männer zwischen 18 und 25 Jahren verpflichtend, für junge Frauen vorerst freiwillig. Grundlage für den Aufbau des Reichsarbeitsdienstes war das Gesetz vom 26. Juni 1935. § 1 Absatz 3 nannte als Ziel: „Der Reichsarbeitsdienst soll die deutsche Jugend im Geiste des Nationalsozialismus zur **Volksgemeinschaft** und zur wahren Arbeitsauffassung, vor allem zur gebührenden **Achtung der Handarbeit** erziehen.“

Die Bedeutung der Erlebnispädagogik und „Gemeinschaftserziehung“ ist nicht erst von nationalsozialistischen Pädagogen entdeckt wurden. Die „Gemeinschaftserziehung“ spielte schon vor 1933 bei den meisten Pädagogen eine bedeutende Rolle. Der große Unterschied liegt darin, dass der Begriff „Gemeinschaftserziehung“ in der Weimarer Republik „wertfrei“ war und dass ihn Vertreter unterschiedliche pädagogische und politische Positionen entwickelten und einsetzten (Andreas Kraas 2004, S. 142-143).

Manche Belege korrigieren den Eindruck einer allgemeinen fast geräuschlosen, widerstandslosen Gleichschaltung der Schüler und Eltern. Rückblickend schilderte der Abiturient und Kriegsheimkehrer Friedrich Beutter in seiner Abiturrede von 1946 die Gewissenskämpfe von vielen seiner Generation wie folgt: „Man sprach von großen Idealen, von kühnen Zielen . . . , man brach über Vergangenes den Stab, man griff Heiliges an. . . Wir hörten auch die Meinungen und Erfahrungen der Eltern und der Kirche, und qualvoll litten wir unter dem **Widerstreit der Ideen**.“ (Fritz Beutter, in: Maria Remark 1999, S. 99) Zu dieser Darstellung eines Zeitzeugen passt die Mitteilung des Schulleiters aus dem Jahr 1936, dass die Eltern, die auswärtigen aber auch die aus Hechingen, sich zu den oft politisch aufgeladenen Schulveranstaltungen trotz eifriger Werbung nur „in kleiner Zahl“ einfänden (JB 1935/36, S. 21).

Abiturientinnen und Abiturienten der Jahrgänge 1935 bis 1939 schilderten in ihren „Bildungsgängen“ oft recht ausführlich ihre meist unbeschwerte Kindheit, berichteten von ihrer Lektüre, ihren Lieblingsbüchern, ihren Erlebnissen auf den nationalpolitischen Lehrgängen, von erlebtem Kame-

radschaftsgeist, Sportwettkämpfen, Geländespielen und erlebnisreichen Fahrten der HJ bzw. des BDM. Einige wenige Schüler schwärmten von der Teilnahme an Reichsparteitagen von 1936 und 1937 (SchA, Reifeprüfung, „Bildungsgänge“).

Eindeutig antisemitische Äußerungen finden sich nur in zwei der 24 „Bildungsgänge“ der Jahre 1938 und 1939 (Siehe auch Erich Cohen: Meine Schuljahre im „Dritten Reich“. Sein Beitrag betrifft das Rhein-Gymnasium in Köln, das der Schüler Erich Cohen, Sohn eines jüdischen Vaters, von 1932 bis 1940 besucht hatte).

Im Schuljahr 1935/36 schrieb der Jahresplan jedem Schüler vor, wenigstens zwei bis drei **Kriegsbücher** (z. B. von Werner Beumelburg, Ernst Jünger, Walter Flex oder Hans Carossa) aus dem Bestand der Schule zu lesen. Eine persönliche inhaltliche Auseinandersetzung mit der Lektüre wurde in den Bildungsgängen nach 1933 nicht erwartet. Im Unterschied dazu hatte Ende 1932 der Oberprimaner Josef Schwenk aus Haigerloch in seinem „Bildungsgang“ noch deutlich seine Stimme gegen den Rechts- und Linksextremismus wie folgt erheben können: „Die großen politischen Strömungen in Deutschland verfolge ich genau. Die extremen, den Nationalsozialismus und den Kommunismus, muss ich ablehnen, aus weltanschaulichen Gründen. . . An Hand mehrerer Werke beschäftigte ich mich mit dem Problem des Krieges. . . Kriegsbücher aller Richtungen kamen mir zu Händen. Sie haben mir alle einen ungeheuren Abscheu eingeflößt gegen den Wilhelminischen Imperialismus und Hurratriotismus.“ (SchA, Reifeprüfung 1933, Bildungsgang)

Oberschulrat Dr. Paehler vom Provinzialschulkollegium in Koblenz sprach anlässlich der Revision der Schule in der LK vom 31. Mai 1935 eingangs über das Thema „**Auslese**“. Er nannte als deren Kriterien die politische, charakterliche, körperliche und geistige „Eignung“ und verwies auf den Erlass zur „Auslese“ (Protokoll der LK 31.5.1935). Das Gefahrenpotential des Themas Auslese zeigte sich erneut, als der Biologielehrer Dr. K. am 6. Juli 1936 in der LK ausführlich über deren „große Bedeutung in der Natur, in der Pflanzen- und Tierzüchtung und in der menschlichen Gesellschaft“ referierte und von „unzweckmäßiger Auslese oder Gegenauslese“ sprach, einmal im Hinblick auf „die Erhaltung von Lebensuntüchtigen“ durch die Fortschritte der Hygiene und der ärztlichen Kunst und die „Begünstigung Minderwertiger auf Kosten der Gesunden durch übersteigerte Fürsorge“ und zum anderen hinsichtlich der „ungünstigen Auslesewirkungen“ der Kriege (Protokoll LK 6.7.1936, S. 117-119). Ein Blick in den Lehrplan für Biologie im „**Anstaltslehrplan von 1926/27**“, wo man Begriffe wie Rassenkunde, Eugenik (Rassenhygiene) oder den Hinweis auf „Gesetze zur Verhütung von erbkrankem Nachwuchs“ vergeblich sucht, zeigt deutlich, welche unmenschlichen, rassistischen Vorstellungen das NS-Regime ab 1933/34 in den Bildungskanon der Schulen drückte (SchA, **Jahrespläne 1935/36** des Reformrealgymnasiums Hechingen).

Die **Direktorenversammlungen** mussten sich ebenso wie die Fachkonferenzen von Deutsch, Erdkunde, Biologie und Geschichte zunehmend an der NS-Ideologie orientieren. Begriffe wie „deutsche Art“, „Volksgemeinschaft“, „völkischer und nat.-soz. Mensch“, „Rassebewusstsein“,

„Rassestolz“, „Führergedanke“, „Opferbereitschaft“, „Wehrbegeisterung“ und „die tatfrohe Einsatzbereitschaft“ fanden Eingang in **Lehrplankonferenzen und NS-Schulungskurse**. StR Dr. G. stellte in einer Fachkonferenz Ende 1935 die neuen Bildungs- und Unterrichtsziele für Deutsch, Geschichte und Erdkunde vor, sprach von der „Erziehung der Jugend im national-sozialistischen Geist“ und nannte als Unterrichtsziel „die Verwirklichung der neuen deutschen Volksgemeinschaft“. Direktor Dr. Schmitt wies darauf hin, dass nun Hitlers „Mein Kampf“ in die neuen Lehrpläne „eingebaut werde“ (SchA, Protokolle der LK 25.11. und 18.12. 1935). Die Begriffe heldisch, Ehre, Blut, Boden und Volksgemeinschaft wurden von Schülern offenbar bald so inflationär gebraucht, dass sich die sieben Deutschlehrer in der Konferenz vom 8. Juli 1938 zur Abwehr **ideologischer Phrasendrescherei** wie folgt äußerten: „Der Schulaufsatz sei weder der geeignete Prüfstein für eine propagandistische Begabung des Schülers, noch der Ort, wo er seine Gesinnung zu Markte tragen soll. Jedem Verschleiß nationaler Werte sei schonungslos entgegenzutreten, die Phrase rücksichtslos zu enttarnen.“ (Protokoll der deutschen Fachkonferenz vom 8. Juli 1938, S. 161-162)

Die Einstellung mancher Schüler, dass nicht Kenntnisse und Argumente, sondern die NS-Ideologie zähle, kam nicht von ungefähr. So hatte Direktor Dr. Schmitt schon im Spätherbst 1935 von der Rheinischen Direktorenversammlung in Köln wie folgt berichtet: Auf der Liste der von Oberschulrat Dr. Poethen empfohlener Schriftsteller stehen neben Stefan George und Ernst Jünger u. a., folgende **völkischen und/ oder nationalsozialistischen Autoren**: Heinrich Anacker, Hans Friedrich Blunck, Dietrich Eckart, Erwin Guido Kolbenheyer, Julius Langbehn, Heinrich Lersch, Baldur von Schirach. Hitlers „Mein Kampf“ und Alfred Rosenbergs „Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts“



Die Vorder- und Rückseite der Zeitschrift des NSLB 1935, 2. Jahrgang, Heft 15
(Schularchiv Gymnasium Hechingen)

sollten in Auszügen im Unterricht gelesen werden. Der Deutschunterricht sollte die „**rassenkundliche Betrachtung**“ mit einbeziehen. **Unterrichtsziele** sollten u.a. die „Erziehung zu geistiger Wehrhaftigkeit“ sowie das „Erlebnis von Heimat, Vaterland und Volk“ sein; neben den Schriften der nationalsozialistischen Bewegung seien die Schriftsteller Arndt, Jahn, Fichte, Langbehn, Moeller van den Bruck zu berücksichtigen (Protokoll der LK 25.11.1935, S. 102-103). Bildungsziel des Geschichtsunterrichts sei, dass der Jugendliche die Schule nicht als Pazifist oder Demokrat verlässt, „sondern als ganzer Deutscher“ (SchA, Protokoll der Fachkonferenz für Deutsch, Geschichte und Erdkunde vom 25.11. 1935, S. 105-106; Protokoll der LK 18.11.1935; JB 1935/36 ff.).

Trotz vielfältigen offenen und versteckten Drucks nutzten manche Lehrer ihren **pädagogischen Handlungsspielraum** (Vgl. Werner Kuhn 1993, S. 52; Erich Cohen, Jahrgang 1922, beschreibt in „Meine Schuljahre im Dritten Reich“ seine Schulzeit am Reformrealgymnasium /an der Oberschule in Köln-Mülheim bis zu seinem Abitur 1940. Da sein Vater Jude war, sei er 1935 überraschenderweise aus dem Jungvolk der HJ ausgeschlossen worden, denn bis dahin habe er nichts von seiner „nicht arischen Abstammung“ gewusst. Seine Lehrer und Schulkameraden betreffend erinnert er sich: „Während meiner gesamten Schulzeit habe ich keinen einzigen Lehrer erlebt, der mich hätte spüren lassen, dass ich jüdische Vorfahren hatte und mich benachteiligt hätte. . . Ich gehörte zur Klassengemeinschaft. Nur zwei oder drei hielten sich vornehm zurück.“). Leider fanden sich im Hechinger Schularchiv von Schülern oder Lehrern keine Äußerungen, die Rückschlüsse auf das Klassenklima und das Verhalten zu den wenigen jüdischen Mitschülern von 1933 bis November 1938 zulassen.

Der **Lektürekanon des Faches Deutsch** in den Jahresberichten lässt den Schluss zu, dass mutige Lehrer gewisse Freiräume nutzen konnten. So stand an der Hechinger Oberschule in dem Verzeichnis der „tatsächlich gelesenen Schriften“ der 6. und 8. Klasse von StR Hans Freund in den Schuljahren 1938/39 und 1939/40 kein einziger nationalsozialistischer Schriftsteller. Dagegen enthielt der Lektürekanon der Oberstufenklassen von Dr. S. neben dem umfangreichen klassischen Kanon von Lessing bis Mörike auch Auszüge aus Schriften von Adolf Hitler, Joseph Goebbels, Baldur von Schirach, Otto Dietrich und von anderen nationalsozialistischen Autoren (JB 1937/38 und 1938/39). Dieser lokalgeschichtliche Befund verweist auf die Differenz zwischen offiziellen Verlautbarungen und deren Umsetzung im Schulalltag hin. So schreibt der Freiburger Historiker Gass-Bolm in seiner Studie zur Geschichte des Gymnasiums im 20. Jahrhundert: „Ein national gesinnter und die Klassik schätzender Deutschlehrer – und das waren sicher die meisten – musste seinen Unterricht nach 1933 nur wenig umstellen.“ (Torsten Gass-Bolm 2005, S. 74; siehe JB Hechingen 1934-1941; Ordner F I,1, Lehrpläne 1934/35, z. B. Deutsch in der U I bei StR Wilhelm Podlech und SchA, Mappe der Lehrpläne 1935/36, z. B. das Fach Deutsch und Religion; Aufsatzthemen der 6. bis 8. Klasse in Deutsch, in JB 1939/40 und 1940/41). Bedrohlich für Gymnasiallehrer war es, wenn wie in Hechingen der NS-Ortsgruppeneiter den Unterricht kontrollieren wollte, offenbar informiert von HJ- bzw. BDM-Mitgliedern. So beschwerte sich der Hechinger Ortsgrup-

penleiter Weidle 1936 über die „mangelnde nationalsozialistische Gesinnung“ des Geschichts- und Deutschlehrer Dr. G. beim Provinzialschulkollegium in Koblenz und forderte dessen Versetzung, allerdings vergeblich (SchA, Personalakte Dr. Gradl). Die Rivalität der an der Schulpolitik beteiligten Instanzen und Akteure, vor allem des Kultusministers, der Parteikanzlei der NSDAP, der HJ und des Nationalsozialistischen Lehrerbundes, hatten zur Folge, „dass **der Alltag des Schulehaltens wesentlich normaler**, nämlich **sachbezogener** ablief, als die Willenserklärungen der verantwortlich Beteiligten vermuten lassen. Darauf deuten jedenfalls die bisher vorliegenden Innenansichten über die Schularbeit in der NS-Zeit hin“ (Hermann Giesecke: Hitlers Pädagogen. Weinheim 1999, S. 154; Giesecke war Professor für Pädagogik und Sozialpädagoge in Göttingen; vgl. Protokoll der Fachkonferenz für Deutsch 8.7. 1938, S. 157-163; Marcel Reich-Ranicki (Hrsg.) 1982; 7. Auflage: https://ulis-buecherecke.ch/pdf_neben_dem_krieg/meine_schulzeit_im_3.reich.pdf). Diese Einschätzung bestätigen die Akten des Hechinger Reformrealgymnasiums, aber mit Einschränkungen, da die Klassenbücher nur sehr unvollständig vorliegen.

Im Dritten Reich wurde wie vor 1933 **Schulgeld** erhoben. Für Bedürftige gab es weiterhin Erziehungsbeihilfen und Geschwisterermäßigung. Das volle Schulgeld betrug 140 Reichsmark, die Aufnahmegebühr fünf RM, für arme Eltern eine hohe Belastung (SchA, E II 5, Schreiben eines Vaters vom 16.4. 1936; Monatssoll-Liste über Schulgeld und Eintrittsgeld 1939/40).

4.3 1937-1939: Beseitigung der traditionellen Schullandschaft und Einführung der Oberschule für Jungen

Die große Vielfalt der Schulformen in Deutschland mit unterschiedlicher Sprachenfolge fiel 1937 in allen Ländern formaler Reduzierung der Schularten und weiterer Gleichschaltung zum Opfer. Neue Hauptformen wurden **die achtjährige „Oberschule für Jungen“ mit der Gabelung in den sprachlichen und naturwissenschaftlichen Zweig** und die „Oberschule für Mädchen“ mit einem sprachlichen und einem hauswirtschaftlichen Zweig. Das altsprachliche Gymnasium wurde zu einer kleinen Unterform. Die Umsetzung der neuen Stundentafeln und der Lehrpläne der Oberschule für Jungen erfolgte ab dem Schuljahr 1937/38. Die Klassen wurden nicht mehr von der Sexta bis zur Oberprima, sondern von der 1. bis zur 8. Klasse durchgezählt. Alle Schüler starteten nun in der ersten Klasse an Stelle des 6-stündigen Französisch- mit einem 6-stündigen **Englischunterricht**.

Mit der Umwandlung des Reformrealgymnasiums in eine Oberschule für Jungen erhielten auch die Zeugnisformulare ein neues Gesicht: An die erste Stelle rückte das nun **fünfstündige Fach „Leibeserziehung“** mit Noten in vier Disziplinen. Das Fach Religionslehre fiel auf den vorletzten Platz zurück und wurde ab dem Schuljahr 1937/38 ab der U II / 6. Klasse bzw. ab dem Schuljahr 1939/40 schon ab der 4. Klasse nur noch einstündig unterrichtet (Jahresberichte 1937-1939). Neue Schulbücher wurden nach und nach eingeführt.

Die Realität vor Ort und die Folgen der wieder eingeführten Wehrpflicht, der demographischen Entwicklung und des langen Krieges zwangen den NS-Staat jedoch schon 1935 zu Korrekturen und Zugeständnissen. Der für Studentinnen 1933 eingeführte Numerus clausus von 10 % wurde aufgehoben. Ab 1937 wurden Frauen zur Aufnahme eines Studiums sogar ermutigt. Der Frauenanteil stieg ab 1939 deutlich an (Universität im Nationalsozialismus. 4.1.5 Frauenstudium: Zwischen Beschränkung und Aufbruch; https://de.wikipedia.org/wiki/Universit%C3%A4t_im_Nationalsozialismus#Frauenstudium:_Zwischen_Beschr%C3%A4nkung_und_Aufbruch). In Hechingen war der Anteil der Mädchen pro Klasse bis Anfang der 40er-Jahre zu klein, als dass sich alle Stundenplanvorgaben hätten umsetzen lassen (Jahresberichte). 1943 beantragte der stellvertretende Schulleiter sogar Zusatzkurse für Mädchen, die früher keinen Lateinunterricht erhalten hatten (Protokoll der LK 23.7.1943). 1946 berichtete eine Abiturientin, dass sie sich die für den Eintritt in die Oberstufe geforderten Lateinkenntnisse privat angeeignet habe (Reifeprüfung 1946, „Bildungsgang“ der Abiturientin A. S., Jahrgang 1926). Wegen der alliierten Luftangriffe und Flächenbombardements konnten umgezogene Schülerinnen von Mädchenschulen 1943 Zeugnisse an „Jungenschulen“ erhalten, auch wenn sie nicht an deren gesamten Unterricht teilgenommen hatten (Protokoll der LK 10.12.1943). In Hechingen war im Schuljahr 1944/ 1945 der Anteil der Mädchen an der Oberschule für Jungen mit 45 % sogar so hoch wie nie zuvor. Ein Grund dafür war auch die Auflösung der höheren Mädchenschule am Ort (Protokoll der LK 18.12.1944; SchA, E IV 20, 30.8.1944).

Für Mädchen musste wie vor 1933 der Erziehungsberechtigte in jedem Einzelfall beim Reichserziehungsminister in Berlin ein **Aufnahmegesuch** mit Darlegung der Gründe einreichen. Nach Aktenlage befürwortete der Hechinger Schulleiter in der Regel das Gesuch. Der Kultusminister konnte anschließend die erbetene Aufnahme genehmigen (SchA, Ordner E I 1, zahlreiche oft handgeschriebene Gesuche der Väter bzw. Mütter). Ein „Anmeldeschein“ für ein Mädchen in die Sexta vom März 1937 verweist auf den NS-Rassenwahn. Zusätzlich zum Impfschein und Abgangszeugnis musste wegen der Frage nach der „**arischen Abstammung**“ auch das „Stammbuch“ oder der Geburtsschein vorgelegt werden (SchA, blaue Mappe E 5a, Anmeldeschein).

Im Dezember 1937 informierte der Direktor das Kollegium, dass der **Luftfahrtgedanke** wie der **Vierjahresplan** (betr. Aufrüstung und Autarkie) im Unterricht zu berücksichtigen seien. Ein Lehrer referierte über die Umsetzung des Luftfahrtgedankens in den einzelnen Fächern. Der Modellbau sollte die Schüler zur Beteiligung am praktischen Segelflug hinführen. In Hechingen war das Interesse für die Luftfahrt an der Schule recht lebhaft. Es gab eine **Luftfahrt-AG** und die Beteiligung an der Bastelabteilung der Hechinger Ortsgruppe des NS-Fliegerkorps war rege. Einige Schüler nahmen an **Segelfluglehrgängen** auf der Teck, in Hornberg, Rothenburg o. d. Tauber und auf der Wasserkuppe teil (Protokoll der LK 2.12.1937, S. 143-145 und SchA, Reifeprüfungen, „Bildungsgänge“ von F. und K.).

Die Frage, ob ab 1937 die von der NSDAP herausgegebenen "**Wochensprüche**", oft ein Zitat von Hitler oder eines anderen NS-Führers, zu Wochenbeginn auch an der Oberschule für Jungen in Hechingen vorgetragen wurden, wie für die Schlossbergschule für Grund- und Hauptschüler überliefert, lässt sich nicht beantworten (Otto Werner 1980, S. 4; ausgewertet wurde das Protokollbuch. Ab Mai 1938 wurde auch das Singen eines sogenannten Wochenliedes verordnet.).

Die Erarbeitung neuer Lehrpläne wurde von 1936 bis 1938 intensiv vorangetrieben. Die Sprache der NS-Ideologen war dabei unverblümt deutlich. So hatten z. B. 1936 die Altphilologen auf einer einwöchigen Tagung der altsprachlichen AG des NS-Lehrerbundes Gau Württemberg auf der Reichenau gehört, dass im Dritten Reich „**nicht das humanistische oder historische, sondern allein das rassistisch-völkische Bildungsideal**“ verpflichtend sei (Protokoll der Fachkonferenz 17.11.1938, S. 165) und am 17. November 1938 zitierte der Lateinlehrer F. in der Fachkonferenz den Volksbildungsministers Rust wie folgt: „Ziel des Literaturunterrichts ist aber nicht etwa, wie der Humanismus wollte, junge Griechen und Römer zu erziehen“, sondern „die nordische Geistesrichtung der deutschen Jugend zu klären und zu stärken.“ (Protokollbuch der LK, S. 164). Treffend hielt Carolyn Grone in ihrer Dissertation (Bielefeld 2008, S. 122) zur Frage der langen Dauer von Bildungstraditionen fest: „Eine direkte Kontinuität“ zwischen den zentralen Bildungszielen der höheren Schulbildung des Kaiserreichs und denen des Nationalsozialismus ist nicht gegeben.



Abiturjahrgang 1938 unten von links: Maria Schraermeyer, Hildegard Schafitel, StR **Heinrich Faßbender**, Käthe Johannsen, Ruth Beck. Obere Reihe: Gerhard Heiniger, Eberhard Gönner, Pia Mors, Karl Volland, Theo Faßbender, Gerhard Schneckenburger, Lothar Merk (SchA, Fotos)

Das NS-Regime hatte von Anfang an **Rundfunksendungen und Propagandafilme** eingesetzt, um auch die Schuljugend mit Unterhaltung und offener wie versteckter Indoktrination für ihre Ideologie und Aufrüstungspolitik zu gewinnen. Das Mitteilungsbuch für das Kollegium verzeichnet zwischen dem Dezember 1935 und Dezember 1939 zahlreiche Einträge der Schulleitung, in denen

alle Klassen von der Sexta bis zur Oberprima bzw. von der 1. bis 8. Klasse zum Besuch von Filmen aufgefordert bzw. verpflichtet wurden. Die Filme sollten in erster Linie den Schüler die uneingeschränkte Wertschätzung alles Militärischen, die Akzeptanz des Führerprinzips, völkisches und nationalistisches Denken, die bedingungslose Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft bzw. die NSDAP, das Kunstverständnis und das Schönheitsideal des NS-Staates vermitteln. Folgende Filme kamen im Museumssaal zur Aufführung: im Dezember 1935 „Im gleichen Schritt und Tritt“, im Jahr 1936 „Auf großer Fahrt“, „Jugend der Welt, Sport und Volkstum“ (Winterolympiade in Garmisch Partenkirchen) und „Jungzug II“, im Jahr 1937 „Der Choral von Leuthen“, „Verräter“ und „Wolkenstürmer“ (ausnahmsweise ein amerikanischer Kampfflieger-Film von 1931), im Jahr 1938 „Männer machen Geschichte“, „Unternehmen Michael“ und „Olympia I (Fest der Völker)“, im Jahr 1939 „Olympia II (Fest der Schönheit)“, „Wer will unter die Soldaten“, „Sudeten-Deutschland“ und „Deutsches Land in Afrika“. In den folgenden Kriegsjahren litt die Schule zunehmend unter den Folgen des Weltkrieges. Der vorgeschriebene Unterricht konnte nur mühsam und lückenhaft aufrechterhalten werden. Die Anzahl parteipolitischer Schulfeiern und Gedenkstunden ging zurück und zum Besuch von Propagandafilmen wurden Schüler nur noch selten geführt (JB von 1935/36 bis 1940/41; Protokolle der LK).

Auf Grund der Verordnung des Volksbildungsministers **Rust** vom 15. November 1938 (Renate Fricke-Finkelnburg 1989, S. 271) mussten **die beiden letzten jüdischen Schüler** die Oberschule verlassen. Am 17. November erhielten Heinz Hofheimer und Rolf Walther (aus Hechingen), Schüler der 2. Klasse, noch ihr Abgangszeugnis und flüchteten ins Ausland, Heinz/ Henry über die Schweiz nach Frankreich und Rolf in die USA. Henrys Eltern und seine Schwester wurden Ende 1941 Opfer des Holocausts (Klassenbuch Kl. 2 1938/39; Ordner E IV, 20; Adolf Veas 1997, S. 36-37.; Erich Lutterbeck, in: Die Lichte Au 21, 1970, S. 46-49). Ein Blick zurück ins Schuljahr 1889/90 zeigt den tiefen Sturz des NS-Bildungswesens. Vor rund vierzig Jahren hatte Direktor Prof. Friedrich Wilhelm Röhr im Jahresbericht 1889/90 (S. 14) voller Empathie vermerkt: „Zwei hochverdiente, fleißige und musterhafte (israelitische) Schüler, die Freude und Hoffnung der Eltern und Lehrer, entriss der unerbittliche Tod, nämlich am 10. Oktober 1889 den Quartaner Wilhelm Zivi aus Haigerloch, und am 22. April 1890 den Quintaner Alfred Baisinger von hier. Die ganze Schule begleitete beide auf ihrem letzten Wege und wird ihnen ein treues Andenken bewahren“.

Eva B. hatte 1932/33 als **erste Studienreferendarin** am Reformrealgymnasium Hechingen ihr erstes Ausbildungsjahr absolviert und nach dem bestandenen zweiten Staatsexamen als Lektorin an der Universität Istanbul gearbeitet. Dort lernte sie auch ihren Ehemann kennen. Der Jahresbericht von 1939/40 meldete ihre **Entlassung aus dem Schuldienst** ohne Begründung. Im Schreiben des Oberpräsidenten der Rheinprovinz Abt. für höhere Schulen vom 21. April 1939 an die Studienassessorin Eva B. findet sich jedoch folgende **rassistische Begründung**: „Sie sind die Ehe (am 20. März 1937) mit einem Reichsangehörigen eingegangen, ohne dass die vorgesetzte Dienstbehörde die Unbedenklichkeitserklärung der deutschblütigen Abstammung abgegeben hat.“

Ferner sind Sie als Beamtin mit einer Person nicht deutschblütiger Abstammung die Ehe eingegangen.“ (SchA, Personalakte Eva B.) An dieser Stelle ist an den langjährigen jüdischen Religionslehrers **Leon Schmalzbach** (1908-1925) zu erinnern, der im November/Dezember 1938 als Opfer des NS-Rassenwahns über drei Wochen im KZ Dachau inhaftiert, im November 1941 mit vielen Leidensgenossen in die Gegend von Riga deportiert und dort brutal ermordet wurde (Otto Werner, in: ZHG 16,1980, S. 144-158).

Am Ende des Schuljahrs 1938/39 zählte die Oberschule 150 Schülerinnen und Schüler; davon waren 118 katholisch, 31 evangelisch, einer gehörte einer anderen christlichen Kirche an. Zwei Schüler der zweiten Klasse waren im Klassenbuch abweichend als „gottgläubig“ vermerkt (SchA, C III 16, Anlage zum Fragebogen für das Schuljahr 1938/39; Klassenbuch der 2. Klasse 1938/39). Auch im letzten Jahr der NS-Diktatur gaben als „Glaubensrichtung“ von 285 Schülerinnen und Schülern der Oberschule **nur acht „gottgläubig“ und keiner „glaubenslos“** an (SchA, E IV 20, 30.8.1944).

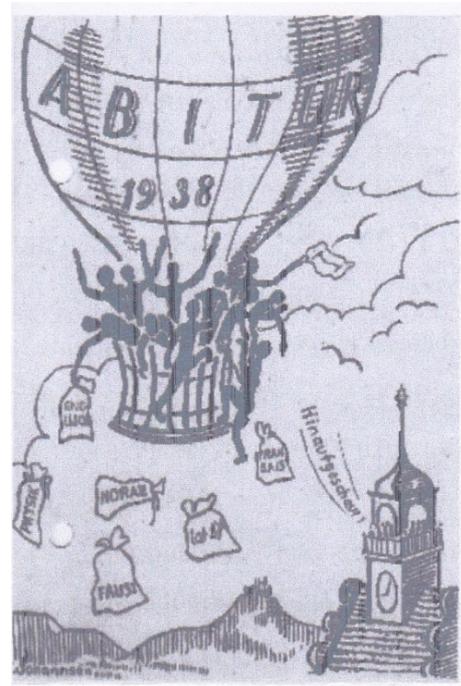
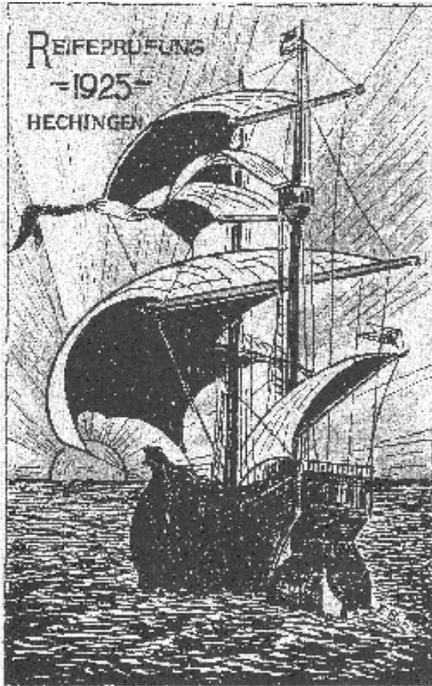
Ein Erlass vom 4. April 1939 ordnete an, dass die vom Religionsunterricht abgemeldeten Schülerinnen den nationalsozialistischem **Weltanschauungsunterricht** zu besuchen haben. Wegen zu geringer Schülerzahl wurde dieser Erlass an der Oberschule in Hechingen - im Unterschied zur Kepleroberschule in Tübingen - nicht umgesetzt (August Hagen, 1960, S. 347-348; Kepler-Gymnasium 1910-2010 Eine Festschrift. Tübingen 2010, S. 46-47 und 50). Auch am Tübinger Uhland-Gymnasium meldeten sich nur wenige Schüler vom Religionsunterricht ab. Der für die kleine Schülergruppe eingerichtete „weltanschauliche Unterricht“ konnte deshalb nicht regelmäßig stattfinden (Gottfried Schwemer 2001, S. 48). Von den Hechinger Lehrern gab anscheinend nur Stud.-Ass. W. K. als Glaubensbekenntnis „gottgläubig“ an.

Fünf von 20 Abiturienten der Jahrgänge 1938 und 1939 nannten als Berufswunsch die Offizierslaufbahn.

Am 17. März 1939 berichtete die Hohenzollerischen Blätter unter dem Titel "Das Höchste ist der Wille zur Tat" von der Entlassfeier der Abiturienten am 15. März: "Mit dem Bekenntnis zum Vaterland und Führer schloss die Ansprache" des Schulleiters. Als Handlungsmaxime der Politik nannte er die Pflicht, die Einsicht in die Kraft und den "Willen zur Tat". Wie vielen ein Bekenntnis zu humanen und christlichen Werten gefehlt hatte, lässt sich heute nur schwer beantworten.

Nicht unerwähnt soll bleiben, dass 1936 der Oberprimaner Heribert Bumiller aus Haigerloch eine gänzlich unpolitische Abiturrede zu halten beabsichtigt hatte (SchA, 2-seitiges maschinenschriftliches Manuskript, o. S.). Wie die Hechinger Abiturpostkarte aus den Zwanzigerjahren griff die Postkarte von 1938 kein heroisches oder schullkritisches Motiv auf. Sie zeigt vielmehr das bekannte Motiv des Starts ins Ungewisse, zum andern den hoffnungsvollen Start in ein neues Leben ohne lästigen Wissens-Ballast. Dass 1938 fast die Hälfte der glücklichen Reifeprüflinge im Fesselballon junge Frauen waren, verrät die von Käthe J. entworfene Grußkarte nicht (Vgl. die Abiturpostkarten

der Gymnasien aus Rottweil, Donaueschingen und Konstanz, in Werner Mezger 1993, S. 20-39 und Ulf Wielandt 2003, S. 54-59).



Abiturpostkarten des Reformrealgymnasiums bzw. der Oberschule für Jungen (HHB, K 336)

4.4 1939–1945: Schulraumnot, Unterrichtsausfall, Opferbereitschaft, Missbrauch jugendlicher Einsatzbereitschaft, Schrecken und Tod in der Schulgemeinde

1939/40

Nach Kriegsbeginn wurden sieben Schüler der 8. Klasse einberufen und erhielten ohne Reifeprüfung ein **Reifezeugnis**, ein eklatanter Systembruch (JB 1939/40, S. 10-11) Daraufhin schrumpfte die Abiturklasse auf drei Schüler und eine Schülerin, von denen drei den sprachlichen wählten und einer sich für den naturwissenschaftlich/mathematischen Zweig entschied. Nach erfolgreicher Reifeprüfung im Frühjahr 1940 (JB 1939/40) wurden die drei jungen Männer zur Wehrmacht eingezogen. Die Abiturientin musste vor Studienbeginn erst Einsätze beim Reichsarbeitsdienst und beim Kriegshilfsdienst als Krankenpflegerin ableisten (SchA, Ordner Archiv/ Schriftverkehr 1976 und 2009-2016, Hildegard Bausch, 30.9.2012). Bei Kriegsende war einer ihrer Klassenkameraden in Russland gefallen, ein zweiter in Russland vermisst und der dritte erlag einige Jahre nach Kriegsende seinem Kriegsleiden (Die Lichte Au 18, 1968, S. 7-9).

Eine detaillierte Auflistung der im Schulgebäude in den Fluren, den Klassenzimmern usw. **aufgehängten Bilder, Stiche und Fotos** zeigt die vollzogene Gleichschaltung des Schulwesens und gleichzeitig unverbindliche Konzessionen an alte Traditionen. Neben unverfänglichen Bildern wie

zum Beispiel „Kinderreigen“ von Hans Thoma, „Die vier Apostel“ von Dürer, „Die Stuppacher Madonna“ von Matthias Grünewald oder Fotos von berühmten deutschen Physikern hingen in den Klassenzimmern der 1. bis 7. Klasse Bilder und Plaketten des Reichskanzlers und Führers Adolf Hitler, an anderen Stellen das Parteiprogramm der NSDAP, das Panzerschiff „Admiral Scheer“ und weitere Fotos von Hitler. Eine Konzession an die nationalkonservativen Kreise waren Stahlstiche preußischer Könige, eine Federzeichnung von Friedrich dem Großen nach Adolf Menzel, eine farbige Reproduktion der Königin Luise, eine Abbildung des ehemaligen Reichspräsidenten von Hindenburg (SchA, Ordner L 1, „Wandschmuck“ vom 30. Juni 1939).

Mit Kriegsbeginn musste die Oberschule ihr Gebäude kurzfristig für Westwall-Flüchtlinge, anschließend für Behörden der Wehrmacht und der Luftwaffe sowie für Hechinger Gerichtsbehörden räumen und in die höhere Mädchenschule in der Neustraße, in die Berufsschule in der Kaufhausstraße und in die evangelische Volksschule ausweichen. Der Unterricht konnte kriegsbedingt erst am 3. Oktober 1939 wieder aufgenommen werden (JB 1939/40, S. 2). Nur von August 1941 bis Herbst 1943 nutzte die Oberschule wieder ihr Gebäude in der Heiligkreuzstraße, wenn auch nur eingeschränkt. Vom Herbst 1943 bis Kriegsende belegte das Schulgebäude eine kleine Dienststelle des Höheren SS- und Polizeiführers Südwest in Stuttgart und ab Dezember 1944 eine Abteilung der aus Frankreich abgezogenen Ordnungspolizei (JB 1939/40, S. 2; G. Liebetanz 1959, S. 36). Im Schulgebäude befand sich bis 1939 auch die **Hohenzollerische Heimatbücherei**. Sie erhielt Anfang der 40er Jahre eine vorübergehende Bleibe auf der Bühne von StR Faßbender in der Heiligkreuzstr. 19 und 1961 eine endgültige Unterkunft in einem Nebengebäude des Landratsamtes in der Heiligkreuzstraße (Ordner A II, 11, Brief von Faßbender vom 26.2.1946). Ab Beginn des Schuljahrs 1939/40 stand der Schule nur noch eine leerstehende, schlecht heizbare Fabrik als Turnhalle zur Verfügung.

Auch die Zugverbindungen waren so eingeschränkt worden, dass mit Rücksicht auf die Fahrschüler der Unterricht erst kurz vor 9 Uhr beginnen konnte (JB 1940, S. 2). „**Kohlenferien**“ erhielten die Klassen eins bis sieben vom 24. Januar bis 8. März, die achte Klasse bis Anfang Februar (JB 1940, S. 2).

Der Jahresbericht 1939/40 (S. 10) vermerkte: „Im Februar und März 1940 hoben die Schüler der Oberstufe **Luftschutzgräben** bei der Schule aus.“ Ein Lehrer wurde pro Woche von 23 bis 3 Uhr zur Brandwache abgeordnet.

Von Oktober 1939 bis September 1940 unterrichtete die von Saarlouis, damals Saarlautern, abgezogene Studienassessorin **Maria Wallraff** die Fächer Mathematik, Biologie, Erdkunde und Religion und im Januar 1941 kam als Vertreterin für zum Wehrdienst einberufene Lehrer die Assessorin **Hermine Wening** an die Oberschule Hechingen (JB 1940 und 1941). Die beiden waren die ersten wissenschaftlichen **Lehrerinnen** an unserer Schule.

1940-1943

Der Hechinger Abiturienten G. schildert in seinem Bildungsgang, eingereicht für die Reifeprüfung 1943, welchen Pflichten er in den großen Ferien nachkommen musste und wie er die verbliebene Freizeit nutzte. Er erwähnt zudem, dass er ab Herbst 1941 Fähnleinführer im Jungvolk und ab 1942 Standortführer der Hitlerjugend mit 300 Jungen und Mädchen gewesen sei. Sein Bericht zeigt viele Parallelen mit dem seines Klassenkameraden L. und dürfte für Oberstufenschüler nicht untypisch sein. „Die **Schulferien** verbrachte ich“, schrieb er im Dezember 1942, „zum größten Teil in Erntehilfe in unserem Dorf, in Fabrikeinsatz, in **Hitlerjugend-Ausbildungslagern** und auf Wanderungen durch meine engere und weitere Heimat . . . **Radtouren** führten mich in das Bodenseegebiet. . . Zu Fuß wanderte ich der Alb entlang, durch Nordwürttemberg, . . . den Neckar entlang von der alten Reichsstadt Heilbronn stromaufwärts bis Stuttgart . . . Mit dem Fahrrad fuhr ich dem Rhein entlang von Mannheim bis Koblenz. In Worms stand ich vor den Kaisergräbern. . . In Frankfurt besuchte ich das Goethehaus. In der Paulskirche gedachte ich der ersten Versuche einer neuen Reichsgründung. . . Die letzte Fahrt führte mich nach München.“ (SchA, Reifeprüfung 1943, „Bildungsgänge“ von G. und L).

Die **Einberufung von sechs Lehrern** zum Wehrdienst führte zu massivem **Unterrichtsausfall**. Kunstunterricht, Musik, Sport für Jungen und der evangelische Religionsunterricht fielen wegen Lehrermangel im Schuljahr 1940/41 aus. Mathematik-, Erdkunde-, katholischer Religions- und naturwissenschaftlicher Unterricht mussten gekürzt werden.

Im Herbst 1940, also zu Beginn des neuen Schuljahrs, wurden alle sieben Schüler der 8. Klasse zum Wehr- oder Reichsarbeitsdienst einberufen. Sie erhielten ein „Reifezeugnis ohne Prüfung“ (JB 1940/41; SchA, Reifeprüfung 1941).

Alle Fächer sollten die „**wehrgeistige Erziehung**“ verstärkt berücksichtigen, führte StR G. in seinem Bericht über einen Schulungsvortrag des NS- Lehrerbundes aus. Detailliert stellte er die Inhalte für alle Fächer vor. In Biologie seien zum Beispiel die Begriffe „Kampf ums Dasein“ und „Rasse als Grundlage geistig-seelischer und charakterlicher Haltung“ zu thematisieren und in den zwei Chorstunden **Soldatenlieder** aus der Sammlung des Großdeutschen Rundfunks „Das Lied der Front“ zu singen. Für den Deutsch- und Geschichtsunterricht wurden das Buch „Der totale Krieg“ von Erich Ludendorff, Presseberichte und die Zeitschriften „Die Wehrmacht“ empfohlen (Protokoll der LK 27.6.1940).

Mit welchen harten polizeilichen Maßnahmen Jugendliche rechnen mussten, wenn sie sich in ihrer Freizeit der **totalitären Gleichschaltung** bewusst entzogen, schildert Wolfgang Widmaier (Jahrgang 1926, Sohn des Hechinger Studienrates Karl Widmaier) wie folgt: Im Sommer 1940 trafen sich einige ehemalige Sigmaringer und Freiburger Mitglieder des katholischen Schülerbundes „Neudeutschland“ am Bodensee und verbrachten gemeinsam einen Teil ihrer Sommerferien im Ferienhaus der Erzdiözese Freiburg. Am ersten Schultag nach den Ferien verhaftete die Gestapo (Geheime Staatspolizei) die älteren Bodensee-Urlauber in den Klassen des Gymnasiums. Es folgten stundenlange Verhöre. Der Älteste, Fidelis Ott, wurde als Staatsfeind ins Gefängnis abgeführt.

Ihm drohte eine Zuchthausstrafe, obwohl seine drei Brüder von der Wehrmacht eingezogen waren. Allein seine Tante, die das goldene Parteiabzeichen erhalten hatte, konnte ihn durch ihre Intervention beim Gauleiter in Stuttgart vor der drohenden Strafe retten, nicht jedoch davor, dass er seinen Wohnort Sigmaringen nicht mehr betreten durfte (Wolfgang Widmaier 2012, S. 28-34)



Die Abitur-Postkarte von 1941 zeigt die sieben Abiturienten in der Rolle der „wackeren“ sieben Schwaben, kein Beispiel für Opfersinn und Heldentum (HHB K 336; vgl. dagegen die Abiturpostkarten der Gymnasien aus Rottweil, Donaueschingen und Konstanz, in: Werner Mezger 1993, S. 20-39 und Ulf Wielandt 2003, S. 54-59).

Schüler beteiligten sich bei der Kartoffelkäfersuche (JB). Der vom Schulleiter bestellte **„Altstoff-lehrer“** StR Hans Freund koordinierte die Altstoffsammlung von Altmetall, Knochen, Altpapier, Lumpen, Altgummi und Korken (Protokoll der LK 25.10. 1940; JB 1940/41).

Ein Erlass der Reichskanzlei untersagte am 3. Januar 1941 die Verwendung der Fraktur, der seit Anfang des 16. Jahrhunderts im deutschen Sprachraum verwendeten gebrochenen Druckschrift. Auch der Duden erschien deshalb ab 1942 nicht mehr in Frakturschrift. Am 1. September verbot ein Rundschreiben von Martin Bormann, Kanzleichef der NSDAP, die weitere Verwendung der deutschen Kurrentschrift und der Sütterlinschrift. In den Schulen sollte **nur noch die lateinische Schreibschrift**, die sogenannte „deutsche Normalschrift“, gelehrt und verwendet werden, und nicht mehr die seit Mitte der 30er Jahre eingeführte „deutsche Volksschrift“, eine Variante der Sütterlinschrift. Auch in der Nachkriegszeit blieben diese beiden Erlasse in Kraft. Das hatte zur Folge, dass die nachwachsenden Generationen bis heute große Probleme haben, alte Bücher und Handschriften z. B. die ihrer Urgroßeltern zu lesen.

Ab dem Schuljahr 1941/42 finden sich in den Akten wiederholt Hinweise auf **„landverschickte“ Gastschülerinnen und -schüler** „aus luftgefährdeten Gebieten“. 1941 wurden diese Schüler ohne

Zeugnis in die nächste Klasse übernommen (Protokoll der LK 20.6.1941; SchA, Monatssoll-Liste über Schulgeld und Eintrittsgeld 1940/41).

Wie Schüler den grausamen Kriegsalltag erlebt und verarbeitet haben, ist einem kommentierten Tagebuch der Kriegsabiturienten des Sindelfinger Gymnasiums zu entnehmen („Restloser, verzehrender Einsatz“. Eine Schulklasse erlebt den Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von der Geschichtswerkstatt am Goldberg-Gymnasium Sindelfingen. Stuttgart 1992, S. 44-51). **Gefallenenanzeigen** und **Totenzettel** von gefallenen **Hechinger** Schülern, des Studienassessors Friedrich Müller und des Hausmeister Georg Hüther lassen die Grausamkeit des Krieges und das Leid der Angehörigen erahnen. Einige Totenzettel drücken durch ihre Wortwahl deutliche Distanz zu der NS-Parole „gefallen für Führer, Volk und Vaterland“ aus. So zeugen die Totenzettel der vier ehemaligen Abiturienten Wilhelm Weith, Dr. Roland Gönner, Walter Kästle und Karl Georg Lerch von tiefer Trauer der Eltern und Geschwister und von der Verwurzelung im christlichen Glauben. Nationalistisches Pathos fehlt ebenso wie die Rede vom „geliebten Führer“ (HHB Na 1001, X).

Zu Beginn des Schuljahrs 1941/42 hatte die Oberschule 117 Schüler und 46 Schülerinnen in sieben Klassen (JB 1940/41). Die „aus luftgefährdeten Gebieten“ vor allem aus dem Rheinland zugezogenen bzw. evakuierten Schüler sind dabei nicht berücksichtigt (Protokoll der LK 20.6.1941, S. 214).

In der Lehrerkonferenz vom 10. Februar 1941 referierte je ein Deutsch-, Geschichts- und Erdkundelehrer über das Thema „Die **Förderung des Seefahrtgedankens im Unterricht**“. StR Hans Freund, kein Parteimitglied der NSDAP, verzichtete in seinem ausführlichen Referat für das Fach Deutsch - gewiss nicht aus Nachlässigkeit - auf Zitate von NS-Politikern und NS-Schriftstellern. Den Schwerpunkt legte er vielmehr auf die Lektüre der beiden Ganzschriften „Seefahrt ist not!“ von Gorch Fock (1913) und „Die schwarze Galeere“ von Wilhelm Raabe (1861) sowie auf Balladen, Volkslieder und Sagen (Protokollbuch der LK, S. 206).

Beim Abiturtermin im März 1942 waren schon sieben Schüler der 8. Klasse zur Wehrmacht eingezogen, so dass nur noch drei Schüler und eine Schülerin die Reifeprüfung ablegten (SchA, A II 6). Der Oberprimaner Karl Lutterbeck wurde am Tag vor der mündlichen Reifeprüfung zum Wehrdienst einberufen (SchA, Reifeprüfung 1942). Einige Bildungsgänge der OberprimanerInnen legen die Vermutung nahe, dass sich Schülerinnen bei der Auswahl ihrer **Privatlektüre** eher als ihre Mitschüler dem ideologischen Druck des NS-Staates entzogen, da sie an politischen Fragen wohl weniger interessiert waren und ihnen eine berufliche Karriere bei den drei Waffengattungen nicht offenstand. So enthält die Lektüreliste der einzigen Abiturientin 1943 z. B. Werke von Adalbert Stifter und Theodor Storm sowie Musiker- und Künstlerbiographien (Tilman Riemenschneider, Veit Stoß etc.) und keine Literatur, die dem Wehrgedanken und der nationalistischen und/oder nationalsozialistischen Ideologie nahesteht. Die beiden Oberprimaner lasen hingegen neben Romanen von Ludwig Ganghofer, Hermann Sudermann, Trygve Gulbrandsen, Leo Weismantel usw. auch

Bücher wie „Narvik Vom Heldenkampf deutscher Zerstörer“ von Fritz Otto Busch, „Der Traum vom Reich Roman aus dem Wien des Prinzen Eugen“ von Mirko Jelusich, „Der Wanderer zwischen den beiden Welten“ von Walter Flex und „Anilin“ von Karl Aloys Schenzinger (Reifeprüfung 1943, drei ausführliche „Bildungsgänge“).

Im Schuljahr 1942/43 erhielten nur eine Schülerin und ein Schüler der Klasse 8 das Reifezeugnis, ein weiterer den **Reifevermerk**; dabei hatte deren Klasse 1941 zu Beginn des 7. Schuljahres noch 14 SchülerInnen gezählt (SchA, Fragebogen für höhere Schulen ab Schuljahr 1942/43, Stand 1.10.1944). Ab 1942 konnten landesweit bereits **Schüler der 6. Klasse zum Reichsarbeitsdienst oder zur Wehrmacht** einberufen werden (Heinz-Ulrich Eggert 2005, S. 507).

Das Protokollbuch der LK vermerkte am 30. Juli 1943: In den Sommerferien sind alle Schüler zum Abernten eines Flachsfeldes der Stadt und zu anderen „landwirtschaftlichen Arbeiten“ verpflichtet.

1943/44

Im Schuljahr 1943/44 erhielten sechs Schüler den Reifevermerk, das Reifezeugnis nur die beiden Schülerinnen, die 1943 aus Duisburg bzw. Neuss wegen der alliierten Luftangriffe nach Hechingen umgezogen waren. In ihren vor der Reifeprüfung eingereichten „Bildungsgängen“ berichten sie von ihrem „Kriegseinsatz“ in zerbombten Städten, von dem „Elend“ der Menschen im Rheinland und von ihren Schwierigkeiten mit dem Lernstoff der Hechinger Oberschule für Jungen (SchA, Reifeprüfung 1944).

Im Herbst 1943 besuchten 43 Schüler und Schülerinnen aus bombengeschädigten und luftgefährdeten Gebieten die Oberschule in Hechingen. Der kommissarische Schulleiter Wilhelm Lorbach teilte in diesem Zusammenhang dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz am 22. Oktober 1943 mit, dass er mit einem weiteren Zustrom rechne (SchA, Ordner C I, 1). Schulfremde Schüler wurden in der Schulstatistik als **GastschülerInnen** geführt (Monatssoll-Liste über Schulgeld und Eintrittsgeld 1940/41-1943/44). In das reichsweite Programm der **Kinderlandverschickung (KLV)** war die Oberschule Hechingen im Gegensatz zu den Oberschulen z. B. in Rottweil nicht einbezogen. Die mit der KLV verbundenen Freuden und Leiden schildert der Schüler Reinhard Gröper aus Bad Cannstatt - Jahrgang 1929 - in seinem Tagebuch vom Oktober 1943 bis März 1945 „ohne beschönigende Änderungen oder Kürzungen“ (Reinhard Gröper: Erhoffter Jubel über den Endsieg Tagebuch eines Hitlerjungen 1943-1945. Sigmaringen 1996).

Obwohl Hechingen noch nicht zu den „luftbedrohten“ Gebieten gehörte und deshalb keine Flakeinheit am Ort stationiert war, wurden für jedes Stockwerk im Juli 1943 Sand, Wassereimer, Einstellspritzen, Feuerpatschen, Stemmeisen und Einreißhaken beschafft. Bei Luftalarm sollten die ortsansässigen Schülerinnen und Schüler der 1. bis 4. Klasse einen Schutzraum aufsuchen, die auswärtigen nach Hause gehen. Die Klassen 5 bis 8 sollten weiter unterrichtet werden. Der stellvertretende Schulleiter Lorbach erklärte jedoch im März 1944, dass sich diese Anordnung in Hechingen nicht umsetzen lasse, da der beim Schulgebäude vorhandene Deckungsgraben weder

ausreichend sei noch genügend Schutz biete und die meisten Schüler aus Hechingen im Ernstfall bei der **Selbstschutztruppe als Melder oder Feuerwehrmänner** eingeteilt seien.

Gefundene Flugblätter und abgeworfene Lebensmittelkarten sollten die Schüler sofort der Polizei oder ihren Lehrern übergeben (Protokoll der LK 22.7.1943 und 27.3. 1944).

In Hechingen hatten OberschülerInnen in den Sommerferien weiterhin bei der Erntearbeit zu helfen, ebenso alle Lehrer und Lehrerinnen jeweils eine Woche (Protokoll der LK 26.6. 1942 und 30.7.1943). Diese Regelung galt grundsätzlich auch andernorts: Schon „1941 sollte, noch halb freiwillig, der größte Teil der Sommerferien zur Arbeit auf dem Land verwendet werden.“ Im folgenden Jahr wurde die „Erntehilfe“ für die oberen Klassen, also für die Schüler der 5. und 6. und für die Schülerinnen der 7. Klasse „zur achtwöchigen Pflicht“ (Kurt Ludwig Joos 2012, S. 62).

Während im Rheinland und in anderen gefährdeten Gebieten in Norddeutschland die Jahrgänge 1926 und 1927 schon seit Februar 1943 zum Einsatz als **Luftwaffenhelfer (LWH)** herangezogen wurden, waren in Hechingen circa 20 Schüler der sechsten, siebten und achten Klasse erst im September 1943 von diesen Notdienstverpflichtungen betroffen (SchA, Luftwaffenhelfer-Zeugnisse 1944/45, Notiz vom 1.1.1945; Monatssoll-Liste über Schulgeld 1943/44).

Ein Erlass des Reichserziehungsministers vom 12.10.1943 legte auf acht Seiten den Stoffplan für den pro Woche 18-stündigen **LWH-Unterricht** fest (SchA, LWH / RAD 1942-1944, Eingangsdatum 30.11.1943). Die Schreiben des Oberpräsidenten der Rheinprovinz / Abt. für höheres Schulwesen vom 15. Oktober und vom 20. Dezember 1943 enthielten Studentafeln für den LWH-Pflichtunterricht, die schulische Betreuung und den Dienst (SchA, LWH / RAD, 1942-1944). 1943 eingezogene Luftwaffenhelfer erhielten 1944 ein Abgangszeugnis, das „Luftwaffenhelferzeugnis“, mit dem Vermerk „Hochschulreife zuerkannt“ (SchA, LWH-Zeugnisse 1944/45).

Eine Verfügung untersagte den Lehrern jeden außerdienstlichen Verkehr mit ausländischen Arbeitskräften (Protokoll LK 21.9.1943; vgl. Rolf Vogt: Zwangsarbeit und Ausländerbeschäftigung während des Zweiten Weltkriegs in Hechingen 2002/03, S. 628-632).

Die rund 20 Kriegsteilnehmer, die sich 1946 zur Reifeprüfung (Ostern und Juni) meldeten, gehörten den Jahrgängen 1926 bis 1928 an. Sie berichten in ihren „Bildungsgängen“ meist nüchtern von ihren Erlebnissen als Luftwaffenhelfer, ihrer Gefangenschaft und von ihren großen Wissenslücken. Fünf Abiturienten setzen sich bewertend mit ihren Erlebnissen auseinander. Zwei berichten von ihrem Jugendtraum, zur See zu fahren und militärische Auszeichnungen (Flakkampfabzeichen bzw. Minensucherabzeichen) zu erhalten. Der Abiturient L., der vom Herbst 1943 bis kurz vor den Zusammenbruch als Flakhelfer Dienst leisten musste, schrieb in seinem „Bildungsgang“ Anfang 1946: „**Voll jugendlicher Begeisterung** bin ich ihm (dem Aufruf zum Hilfsdienst bei der Flak) gefolgt . . . Denn noch konnte ich nicht ahnen, welche Lücken dadurch in meiner Schulbildung entstehen. Doch jene Bombennächte ließen mich weiser und nachdenklicher werden. . . Bei all dem waren wir stolz, auch dabei zu sein, und ebenso stolz trugen wir als 17-Jährige als erste Auszeich-

nung das Flakkampfabzeichen.“ (SchA, Reifeprüfung 1946) Kritik an der NS-Ideologie und dem Militärdienst äußerten dagegen drei Abiturienten. Einer von ihnen schreibt von „**erlogenen Phrasen**“ im Unterricht und nennt die Militärzeit eine „tote Zeit“. Zwei andere berichten von ihrer deutlichen Distanz und Ablehnung der NS-Herrschaft und von ihrer durch den katholischen Glauben geprägten Sozialisation und Erziehung.

Im Lebenslauf eines weiteren heimgekehrter Abiturienten ist folgende beeindruckend kritische Passage zu lesen: „Am 16. 9. 1943 rückte ich mit der gesamten (sechsten) Klasse zur Flak ein. . . Zum Glück hatten wir als Luftwaffenhelfer nebenbei noch Unterricht, denn sonst wären wir in der Sphäre des Militarismus geistig versumpft. . . Was mir bis dahin an preußischem Militarismus noch unbekannt war, erlebte ich hier (ab 10.10. 1944 beim Reichsarbeitsdienst) in Vollblüte. Ein korruptes, bis in das Mark verfaultes System versuchte durch menschenunwürdige Behandlung unsere Menschenwürde, unseren Geist und unsere Religion durch die sogenannte „politische Schulung“ und den militärischen Drill zu korrigieren. Hiergegen Stellung zu nehmen, wäre infolge der aufgestellten Spitzel nur Torheit gewesen. . . Ich danke meinem Schöpfer, dass ich infolge meiner guten Erziehung im Elternhause, in der Schule und der Kirche gegen das nationalsozialistische Gift . . . immun geblieben bin.“ Dieser Schüler berichtet zudem, dass er wegen seines Dienstes als Aushilfsmessner in seiner Heimatgemeinde B. den Spott von Seiten der HJ habe ertragen müssen (SchA, Ordner Reifeprüfung Ostertermin 1946, Lebenslauf des Schülers H. ; vgl. „Der BDM-Keller im Hause meines Vaters. Meine Jugenderinnerungen an die Hitlerzeit“ von der kath. Theologieprofessorin Uta Ranke-Heinemann, in: Alfred Neven DuMont (Hrsg.): Jahrgang 1926/27. Köln 2007, S. 95-106; vgl. Heinz-Ulrich Eggert: Schulzeit 1938 bis 1949. Zur Vorgeschichte des Wilhelm-Hittorf Gymnasiums Münster. Münster 2005, S. 467). Der Schüler L. aus Haigerloch, der der HJ nicht beigetreten war, berichtet von seiner schwierigen Schulzeit an drei katholischen Schulen der „Weißen Väter“ (in Haigerloch und in Niederbayern) in Folge der Zwangsauflösung dieser Schulen. Als Schüler der 6. Klasse des Uhlandgymnasiums Tübingen wurde er im September 1943 als Luftwaffenhelfer einberufen, im Herbst 1944 zum RAD und schließlich zum „Militär“ (SchA, Reifeprüfung 1946, Bildungsgang L.)

1944/45

Auf Grund eines stark angestiegenen Übergangs von der Grundschule auf die Oberschule im Schuljahr 1943/44 und 1944/45 war die Gesamtschülerzahl bis 1. Oktober 1944 auf 159 Schüler und 130 Schülerinnen gestiegen. Ein wichtiger Grund für die starke Zunahme des Anteils der Mädchen ab dem Schuljahr 1941/42 war die zu Ostern 1940 begonnene Auflösung der Privaten Höheren Mädchenschule und deren Umwandlung in einen Aufbauzug an der Volksschule Hechingen. Dieser Aufbauzug sollte den Mädchen weiterhin die mittlere Reife anbieten. Vielen gelang es jedoch, in der Oberschule für Jungen aufgenommen zu werden (Hohenzollerische Zeitung 17.2.1940). Die durchschnittliche Klassenstärke der neun Klassen betrug 32. Die zweite Klasse war mit 57 Schülerinnen und Schülern die größte, die zusammengelegte siebte und achte Klasse

zählte zusammen nur 12 SchülerInnen. Die erste und dritte Klasse war doppelzünftig (Fragebogen für höhere Schulen, Stand 1.10.1944; vgl. Protokoll der Zeugniskonferenz vom 18.12. 1944). Den Unterricht erteilten im Oktober 1944 13 beamtete Lehrer, drei außerplanmäßige Beamte, ein Ausbilderlehrer und zwei stundenweise bezahlte Lehrerinnen (SchA, Fragebogen für höhere Schulen zum Schuljahr 1944/45 Stand 1.10.1944, ausgefüllt vom OStR Lorbach am 12.1. 1945, o. S.).

Die meist älteren Lehrer versuchten unter schwierigsten Bedingungen im Schuljahr 1944/45 trotz Ernteeinsätzen, Altmaterialsammlungen, häufigem Luftalarm und einer durch die nahende Front verursachte Schülerfluktuation den Unterricht aufrechtzuerhalten. Ein Betriebsassistent des Kaiser-Wilhelm-Instituts erhielt einen Unterrichtsauftrag von 20 Stunden in Physik (SchA, C III 13; Klassenbuch der 4b).

Als ab 1. August 1944 die Sechzehnjährigen des **Jahrgangs 1928** der Klassen 5 bis 7 als **Luftwaffenhelfer** eingezogen wurden, ging die Zahl der Schüler in diesen Klassen so stark zurück, dass am Jahresende in der Klasse 7 neben sieben Mädchen nur noch ein Junge und in der Klasse 6 neben vierzehn Mädchen nur drei Jungen saßen (Protokoll der LK 19.7. und 18.12.1944). Die sechs zur Wehrmacht einberufenen Abiturienten erhielten den Reifevermerk, der eine erfolgreiche Reifeprüfung ersetzen sollte (SchA, A II, 6). Die Klasse 8 wurde im September 1944 endgültig aufgelöst, als die verbliebenen Schülerinnen durch den Reichsarbeitsdienst zu Einsätzen in Kindergärten und Fabriken der Rüstungsindustrie verpflichtet wurden (Protokoll der LK 18.12. 1944; Reifeprüfung 1946, „Bildungsgänge“; SchA, Ordner Luftwaffenhelfer/RAD 1942-1944 und Luftwaffenhelferzeugnisse 1944/45; Fragebogen für höhere Schulen zum Schuljahr 1944/45 Stand 1.10. 1944). Vier Schüler der 5. Klasse und ein Schüler der 6. Klasse erhielten im Dezember kein Halbjahreszeugnis, weil sie wegen Krankheit bzw. wegen „Westeinsatz“, Schanzarbeiten und Wehrertüchtigungskursen zu lange dem Unterricht ferngeblieben waren (Protokoll der LK 18.12. 1944). In manchen Städten wurden ab 1944 sogar Mädchen für den Dienst an Flakbatterien herangezogen. „Rund 50 000 „Soldatinnen“ wurden bis Kriegsende tatsächlich (reichsweit) eingesetzt – und reihenweise geopfert.“ (Guido Knopp 2000, S. 143; Christa Maria Gottfried: Schule in der NS-Zeit, S. 34).

Die **Angst vor Fliegerangriffen** auf Personenzüge war im Herbst 1944 auch im Kreis Hechingen sehr groß. Deshalb meldeten einige Eltern ihre schulpflichtigen Kinder wieder an der Volksschule an und zahlreiche Eltern ließen ihre Kinder nicht mehr zur Oberschule fahren. Im Tagebuch der Klasse 4b ist im Herbst häufiger **Flieger- und Voralarm** sowie Unterrichtsausfall vermerkt. An manchen Tagen fehlten über 30 Fahrschüler vor allem aus dem Killertal, aus Haigerloch und Bisingen (Schreiben vom 17.10.1944 an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Tgb. Nr. 517). Drei Schülerinnen aus Haigerloch wurden deshalb im Oktober abgemeldet, 18 Schülerinnen und Schüler aus Haigerloch erhielten wegen häufigen Fehlens im Dezember 1944 kein Halbjahreszeugnis (Protokoll der LK 18.12.1944). Anfang Oktober 1944 waren unter den 289 Schülern **28 evakuierte Gastschülerinnen und Gastschüler**. Sie kamen vor allem aus dem Rheinland, aus

Stuttgart und anderen Städten, die durch Luftangriffe sehr gefährdet waren (Fragebogen für höhere Schulen vom 1. Oktober 1944; Hans Speidel: Der Landkreis Hechingen 1945-1955. In: ZHG 21. Band 1985, S. 261). An eine Zeugnisausgabe war im Frühjahr 1945 nicht mehr zu denken. Der erste Eintrag im Klassenbuch der 4 b im Jahr 1945 stammt von Anfang Februar, der letzte vom 18. April. Er vermerkt das Nichterscheinen der Schüler. Gegen Kriegsende zeigten sich an und hinter der näher rückenden Frontlinie erschreckende Konsequenzen der **rücksichtslosen Militarisierung** und der ideologischen Gleichschaltung der Hitlerjugend (Guido Knopp: Hitlers Kinder. München 2000, S. 332-334; siehe auch Reinhard Gröper 1996, betr. den Tagebucheintrag vom 27. März 1945. Dort schrieb er als 16-Jähriger, nach seiner freiwilligen Meldung zur SS-Division „Hitlerjugend“ habe ihn das „erhebende Gefühl, Abschied von der Schule zu nehmen“ erfüllt.).

Wie zaghaft man sich in den Fünfzigerjahren der Aufarbeitung des Dritten Reiches zugewandt hat, zeigt ein Blick in die Festschrift „50 Jahre staatliches Gymnasium Hechingen“ von 1959 (S. 7-38), in der Gotthardt Liebetanz dem Dritten Reich nur knapp zwei Seiten gewidmet hat.

Einige Zeilen des Gedichts „**Die Toten der Kriege**“ des ehemaligen Schulleiters P. J. Reichard des Gymnasiums Zitadelle in Jülich mögen zum nächsten Kapitel überleiten:

Die Toten der Kriege leben. / Ich höre sie klagen . . . Ich höre sie fragen: / "Was lerntet ihr aus unserem Leid?" . . . Die Toten der Kriege leben. / Ich höre sie sagen: / . . . „Es gibt nichts Besseres hienieden / Als endlich ein Leben in Frieden."

(Wolfgang Gunia: Gymnasium Zitadelle der Stadt Jülich, S. 42)